

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.  
Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Glaser (Weißbinder) und Stukkatoren Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber u. verantwortlicher Redakteur: Joh. Stangst, Hamburg.  
Redaktion und Expedition:  
Hamburg-St. Georg, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Bereits-Angaben  
für die dreigespaltene Zeitungs- oder deren Raum 30 A.  
Zeilungs-Preisliste Nr. 3902.

Inhalt: Eine gewerkschaftliche Musterstatistik. — Kranken-  
kassen und Apotheken. — Maurerbewegung: Streiks, Aus-  
sperungen, Maßregelungen. Versammlungen und sonstige Be-  
wegung. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterbeschäftigung, Submis-  
sionen zc. Geschäftsbericht der Zentral-Krankenkasse der Maurer, Glaser  
und Stukkatoren Deutschlands pro 1901. — Aus Unternehmenskreisen. — Gewerliche  
Rechtsprechung und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte.  
— Verschönerung. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten.  
— Streikberechnungen. — Zentralverband der Maurer —  
Zentral-Krankenkasse. — Anzeigen.

## Eine gewerkschaftliche Musterstatistik.

Eine nicht hoch genug zu bewertende Konsequenz  
der modernen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung  
ist, daß die Faktoren dieser Entwicklung, der Industri-  
alismus, der Handel, die Lohnarbeit mehr und  
mehr dahin gelangen, die Wissenschaft der Zahlen,  
die Statistik, zu pflegen und auszugestalten. Es ist  
das eine gewaltige Wissenschaft; sie allein vermag,  
die Nationalökonomie und Sozialpolitik über die  
bloß theoretische Leistung und ein unsicheres Fahren  
und Experimentieren zu der Fähigkeit des Wirkens in  
positiver und praktischer Richtung zu erheben. In  
den Zahlen, die durch gerechte und regelmäßige,  
objektive und zuverlässige statistische Erhebungen auf  
wirtschaftlichen und sozialen Gebieten gewonnen werden,  
begreift sich eine Welt der Tatsachen, die uns be-  
lehren, wie weit die Entwicklung der wirtschaftlichen  
und sozialen Verhältnisse gelaufen ist, und welche Mängel  
und Fehler, in ihrer Art und in ihrem Umfange, sowie  
in ihren Wirkungen genau erkennbar, diesen Verhält-  
nissen anhaften. Was der Philosoph Schopenhauer  
von der Tatsache im Allgemeinen sagt, daß sie eine  
genügende Macht hat, gegen die kein Straußen  
und kein Protektoren hilft, das gilt in erster Linie  
von der Tatsache, die durch die statistische Zahl  
nachgewiesen und festgestellt wird. Die nach alter,  
bekannter Redensart vorzüglich, „tote“ Zahl, die „stumme“  
und „gebildete“ Zahl, ist in Wahrheit eine lebendige  
Kraft; in ihr begreift sich, möchten wir sagen, das  
fortzeugende Bewußtsein der Volkswirtschaft und  
der ihr engstens verbundenen Soziologie, der Gesell-  
schaftswissenschaft; sie ist ein Element des Kultur-  
fortschrittes im strengsten Sinne des Wortes.

Die Bedeutung der Statistik hat der Industrialismus  
und der Handel schon seit Längem inne, und der Staat,  
wie in weiterer Ausdehnung bei uns in Deutschland  
das Reich, haben dieser Bedeutung im Interesse beider  
Zweige der Volkswirtschaft Rechnung getragen. Wir  
haben eine amtliche Gewerbe-, Verkehrs- und  
Handelsstatistik, die uns genau informiert über Um-  
fang, Art und Gliederung des Gewerbebetriebes, des  
Verkehrs zu Lande und zu Wasser, des auswärtigen  
und binnenländischen Handels, der Waarenpreise usw.

Diese Art von Statistik läßt im Allgemeinen nichts  
zu wünschen übrig, sie ist umfassend, erschöpfend,  
zuverlässig; das Kaiserliche statistische Amt läßt sich  
ihre Pflege gewissenhaft angelegen sein. Freilich! Denn  
sie dient in erster Linie den Interessen des Kapitals;  
des Unternehmertums, die mit denen der öffentlichen  
Gewalt im Klassenkampf so eng und untrennlich ver-  
bunden sind. Der Kapitalismus ist die maßgebende  
Macht, der alle Faktoren des öffentlichen Lebens, die  
Regierung und die Gesetzgebung befehligt.

Die amtliche sozialpolitische Statistik, die bis  
jetzt vorhanden ist, liegt hauptsächlich auf dem  
Gebiete der öffentlich-rechtlichen Arbeiterverfiche-  
rung (Krankheit, Unfall, Invalidität); sie ist durch das  
Wesen und den Zweck dieser Einrichtungen mit ge-  
nügender Notwendigkeit bedingt; abgesehen von ihrer  
sozialpolitischen Zugrundeliegung macht das versicherungs-  
technische Bedürfnis sie erforderlich.

Aber zu einer wirklichen Arbeiterstatistik hat  
es das öffentliche Wesen in Deutschland noch nicht ge-  
bracht; kaum daß einige sporadische Ansätze dazu  
vorhanden sind, so zunächst in der Berufsstatistik.  
Sodann in der amtlichen Arbeitslosenstatistik,  
die weder eine regelmäßige ist, noch den sonstigen An-  
forderungen entspricht, die an eine solche Erhebung zu  
stellen sind. Sie ist nicht nur unvollkommen, ungenau  
und unzuverlässig, sondern auch tendenziös. Man hat  
in ihr ein Mittel zur Beschönigung gesehen; sie  
erscheint beeinflusst von dem Bestreben, die Arbeitslosigkeit  
geringer erscheinen zu lassen, als sie in Wirklichkeit ist,  
um die Forderung der bösen Sozialdemokraten nach  
energischer und wirksamer Bekämpfung der Arbeits-  
losigkeit und ihrer Folgen zu entkräften. Ebenso ist  
die amtliche Streikstatistik beschaffen und geartet;  
man möchte sie dem Zwecke dienlich machen, „nachzu-  
weisen“, wie sehr die Arbeiter das Koalitionsrecht  
„mißbrauchen“ und wie schwer sie sich durch Streiks  
an sich selbst und an der nationalen Wirtschaft „ver-  
fügbaren“, so daß es geboten sei, ihnen das Koali-  
tionsrecht zu nehmen.

Das ist keine Arbeiterstatistik, wie das be-  
rechtigte wirtschaftliche und soziale Interesse der  
Arbeiterklasse und eine gesunde Sozialpolitik  
sie erfordern. Bis jetzt haben die Regierungen und  
die herrschenden Parteien sich dem Verlangen der  
Sozialdemokratie und der gewerkschaftlich organisierten  
Arbeiterklasse, eine umfassende, gründliche, objektive  
und zuverlässige Arbeiterstatistik zu schaffen, widersetzt.  
Aber haben wir seit 1892 eine Reichskommission  
für Arbeiterstatistik. Aber diese Körperschaft, in  
welcher auch die Sozialdemokratie vertreten ist, ist nur  
ein Organ für die Untersuchung und Vorbereitung  
der die Verhältnisse der gewerblichen Arbeiter be-  
treffenden Gesetzgebung. Sie stellt gelegentlich  
Einzelerhebungen über die Verhältnisse der Arbeiter  
bestimmter Berufe an. Nennenswerte praktische Wir-  
kungen haben ihre Arbeiten noch nicht gehabt. Man  
betrachtet sie in den maßgebenden Kreisen mehr als ein  
Stück Dekoration der gouvernementalen Sozialpolitik;  
man sieht ihre Tätigkeit nicht gern und hat Alles  
getan, sie zum Stillstand zu bringen. Es ist ein  
öffentliches Geheimnis, daß die Herren im Regiment  
als Bundesgenossen der herrschenden Klassen und Par-  
teien ebenso wie diese eine Statistik fürchten, welche  
genauen und erschöpfenden Aufschluß über die Verhält-  
nisse und die Lage der Arbeiter, den Lohn, die Arbeits-  
zeit, die Streikursachen und -Erfolge, die Arbeitslosig-  
keit, die Lebenshaltung in den einzelnen Gewerben  
gibt. Denn eine solche Statistik entlarvt vor aller  
Welt die elende Lage und Geheule, welche zu  
behaupten mag, daß die Arbeiter „keine Ursache zu  
klagen haben“, daß es ihnen „gut gehe“, daß sie  
bei ihren Forderungen nach höheren Löhnen zc. nur  
geleitet seien von „frivoler Begehrlichkeit und  
Ueberhebung“, daß sie des „Mißbrauchs des  
Koalitionsrechts“ sich schuldig machen zc. zc.

In Betracht dieser Umstände ist es um so höher  
anzuschlagen, daß die gewerkschaftlich organisierte  
Arbeiterklasse seit Anfang der siebziger Jahre in stetig  
wachsendem Maße bemüht ist, dem Mangel einer be-  
friedigenden Arbeiterstatistik durch selbstständige  
statistische Erhebungen zu begegnen. Es gibt heute  
keine gewerkschaftliche Organisation mehr, die sich solche  
Erhebungen nicht hätte angelegen sein lassen. Ehrliche  
und vorurteilsfreie bürgerliche Sozialpolitiker haben  
des Defizites unumwunden zugegeben, daß diese  
Arbeiterstatistik in jeder Hinsicht wertvoller ist, als  
die amtliche.

Der Zentralverband der Maurer Deutsch-  
lands darf, ohne der Ueberhebung gezeihen werden zu

können, für sich das Zeugnis in Anspruch nehmen,  
auf diesem Gebiete mit gutem Beispiel vorangegangen  
zu sein. Die schlimmste Zeit des Sozialistengesetzes  
war solchen Unternehmungen nicht günstig. Wurde doch  
die gewerkschaftliche Organisation brutal unterdrückt.  
Ging doch die ordnungspolitische Polizeimeisterei so  
weit, selbst in der statistischen Erhebung der Lohn- und  
Arbeitsverhältnisse ein „gemeingefährliches“, auf  
den „Umschurz“ berechnetes Beginnen zu erblicken. Sie  
nahm in nicht seltenen Fällen dieses Beginnen zum  
Anlaß, gewerkschaftliche Organisationen infam zu  
diskutieren und zu maßregeln. Das bewirkte, ganz  
im Sinne der herrschenden Klassen, die Furcht vor  
der in den Zahlen verkörperten Wahrheit.

Eingeleitet wurde — von früheren bis in den An-  
fang der siebziger Jahre zurückreichenden Ursachen —  
die allgemeine Statistik für das Maurergewerbe durch  
einen Beschluß des 1889 in Halle stattgefundenen Kon-  
gresses der Maurer Deutschlands. Durch die 1891  
erfolgte Gründung des Zentralverbandes der Maurer  
wurde der eigentliche Organismus für die Ausführung  
dieses Beschlusses geschaffen. Im Statut des Ver-  
bandes wurde als einer der Zwecke desselben die „Pflege  
der Berufsstatistik“ bezeichnet. Die statistischen Er-  
hebungen fanden regelmäßig alljährlich statt und ebenso  
regelmäßig erfolgten die Veröffentlichungen der Resultate.

Bei dem Unternehmen war mit erheblichen  
Schwierigkeiten zu rechnen. Vor Allem galt es, den  
anergogenen Unverstand, das Vorurteil und die  
Gleichgültigkeit großer Massen der Berufsgenossen  
selbst zu überwinden, sie von der Notwendigkeit und  
dem Werte der Statistik zu überzeugen. Dann kam  
in Betracht die nicht selten von Behörden gestiftete  
und geförderte niedere Gehässigkeit der Unternehmer,  
die sich nicht erböteten, ihre „Arbeitsherrn-Autorität“  
gegen die Erhebung und die mit derselben betrauten  
Berufsgenossen auszuspielen.

Nichtsdestoweniger und trotzdem hat unsere Berufs-  
statistik eine, wenn gleich noch nicht durchaus befriedi-  
gende, so doch verhältnismäßig hoch erfreuliche Aus-  
gestaltung genommen.

In welchem Maße unsere Berufsstatistik sich entwickelt  
hat, davon legen zwei kürzlich erschienene Arbeiten  
ehrendes Zeugnis ab: 1. Das Maurergewerbe in  
der Statistik. Bearbeitet von Fritz Paepow und  
Th. Bömelburg. 2. Statistische Erhebungen  
über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der  
Maurer Deutschlands im Jahre 1900 und vergleich-  
bare Zahlen über Lohnhöhe und Arbeitszeit in den  
Jahren 1888, 1890 und 1895. Bearbeitet von  
Th. Bömelburg und Fr. Paepow.\*

Vorweg sei bemerkt, daß diese Arbeiten als über-  
zeugender Beweis gelten können, sowohl für die Be-  
fähigkeit der Arbeiterorganisation und ihrer viel-  
verachteten „Führer“, auf dem Gebiete der Berufsstatistik  
Tätiges zu leisten, wie auch dafür, wie wichtig  
die Statistik des einzelnen Berufes als integrierender  
resp. ergänzender Teil einer Gesamtarbeiter-  
statistik ist, und weiter dafür, daß die gewerkschaft-  
liche Organisation in erster Linie mitzureden ist zur  
Mitwirkung an der amtlichen Statistik, wie die  
Arbeiterklasse sie anstrebt.

Diese Arbeiten widerlegen in schlagender Weise  
die ebenso alberne wie gehässige Behauptung, daß die  
Arbeiter „nicht qualifiziert“ seien, der amtlichen  
Statistik Unterstützung zu bieten. Die amtlichen  
Statistiker können von diesen Arbeitern sehr viel  
lernen! Und sie sollten es, ihrer Aufgabe entsprechend,  
eifrig thun, mögen sie sich dabei gleich eines Gefühls  
der Beschämung nicht erwehren können. Hier haben

\* Hamburg. Verlag von Th. Bömelburg. 1902.

wir Zahlen, Nachweise vor uns, die ein Wert guten Geistes sind, das Bestreben, über die Verhältnisse der Arbeiter im Berufs die Wahrheit zu ergreifen und zu sagen.

Das erste Wert, „Das Maurergewerbe in der Statistik“, zieht außer den statistischen Erhebungen des Maurerverbandes auch die Berufs- und Gewerbezählung des Deutschen Reichs und die „Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes“ als ergänzendes resp. vergleichendes Material in Betracht.

Die erste Erhebung (1889) erstreckt sich auf 152 Orte; es wurden nur 9245 ausgefüllte Fragebogen abgeliefert. Auch im Jahre 1890 war die Vervollständigung wiederum recht schwach. Sie stieg erst nach Gründung des Verbandes und im Verhältnis zu dem Wachstum desselben. Die 98. Erhebung brachte aus 673 Orten zuverlässige Unterlagen, während die im Jahre 1900 veranfalteten Erhebungen sich auf 1454 Orte mit zusammen ermittelten 159 818 Gesellen erstreckten, von denen 150 816 Angaben über die ihnen gezahlten Löhne machten.

Diese Lohnaufstellung ist sehr wichtig. Wir erfahren, in welcher außerordentlichem Maße eine Ungleichheit der Löhne existiert. Der auf das ganze Reich für 1900 berechnete Durchschnittslohn läßt sich nach der spezifizierten Angabe auf etwa 41% pro Stunde annehmen. Es werden zehn Lohnklassen von 20 % und weniger bis 65 % konstruiert. Daraus ergibt sich, daß die Durchschnittslohne bis inf. 25 % bis auf ein Minimum überwunden sind, damit der rastlose Tätigkeit des Verbandes. Die drei höchsten Lohnklassen (51—55, 56—60, 61—65 %) kommen nur in Berlin und näherer Umgebung, bei den Stettiner Putzern, in Leipzig, Halle, Braunschweig, Wilhelmshaven, Bremen und Umgebung, Hamburg-Altona, Wandsb. und Umgebung, Kiel, Harburg und Lübeck in Anwendung, also nur in 13 Städten.

Daraus allein schon läßt sich mit Sicherheit auf die Lebenshaltung der Maurer schließen, wobei freilich längere oder kürzere Arbeitslosigkeit als erheblich einschneidendes Moment mit in Betracht zu ziehen ist.

Wichtig sind auch die Nachweisungen, betreffend die Verschiebung der kombinierten Durchschnittslohne nach Landestheilen. Am niedrigsten ist der Durchschnittslohn in Weidenburg, 31 % gegen 24 1/10 % im Jahre 1885; am höchsten in Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck, 55 1/2 % gegen 39 1/2 % im Jahre 1885. Von den Großstädten hatten Berlin und Hamburg den höchsten Durchschnittslohn, 65 %, nach den niedrigsten mit 34 1/2 %.

Aus diesen Nachweisungen ist zu entnehmen, daß nur ein sehr kleiner Teil der Maurer Deutschlands sich — vorausgesetzt, daß sie voll beschäftigt sind — in einer halbwegs erträglichen wirtschaftlichen Lage befindet. Die große Masse hat noch bei Weitem nicht einen Lohn erreicht, der als Existenzminimum gelten könnte.

Im Zusammenhang damit berücksichtigt unsere Berufsstatistik die Steigerung der Wohnungsmieten und das Verhältnis zwischen Jahresverdienst und Wohnungsmiete. Vom höchsten Jahresverdienst, M. 1492, entfallen 209 bis M. 241 auf Miete, und zwar für eine höchst bescheidene Wohnung von drei Zimmern. In vielen Orten ist bei weit niedrigerem Jahresverdienst die Wohnungsmiete nahezu ebenso hoch. So finden sich Mieten von über M. 100 in kleineren und kleinen Orten bei einem Jahresverdienst zwischen M. 700 und 800.

Des Weiteren geben die Erhebungen Aufschluß über die Einwirkung der Organisation auf die Lohnerhöhungen, die Verkürzung der Arbeitszeit; die Es- und Ruhepausen; die Affordbarkeit; die Lohnbewegungen und Streiks; die Arbeitslosigkeit; Familienstand, Wohnungsverhältnisse, Nebenerwerb und Berufswechsel etc.

Der zweite Teil giebt eine genaue Uebersicht über die Verhältnisse der Maurer resp. des Baugewerbes nach der Reichsstatistik, während der dritte Teil der Unfallstatistik nach den Mitteilungen des Reichsversicherungsamtes gewidmet ist, wobei nicht verachtet wird, festzustellen, wie ungerecht und spöriest es ist, die Arbeiter zu beschuldigen, daß sie durch „Leichtsinn“, „Trunksucht“, „Wohligkeit“ die meisten Unfälle „selbst herbeiführen“, während doch die übergeordnete Mehrzahl der Unfälle aus mangelhaften Betriebseinrichtungen, fehlenden oder ungenügenden Schutzvorrichtungen, Leichtsinne oder Gewissenlosigkeit der Unternehmer und ihrer Beauftragten resultiert.

Alles in Allem ist es eine höchst dankbare Aufgabe, die beiden Arbeiten zu studieren. Das ist eine Arbeiterpflicht; wie sie sein soll und sein muß, Punkt für Punkt, in jeder Zahl, in jeder Zahlenkombination, in jeder Schlussfolgerung und in jedem

Vergleich die Tatsachen feststellend, die für die richtige Beurteilung der Verhältnisse der Arbeiter, ihrer Lebenshaltung und ihres Kampfes für die Verbesserung derselben in Betracht kommen.

Unsere amtlichen Statistiker mögen diese Arbeiten „zu den Akten nehmen“, um aus ihnen für ihren Beruf zu profitieren, resp. sie den Herren im Regiment, dem Grafen Posadowsky und Kollegen, als mahnenden Beweis vorzulegen, was der amtlichen Statistik noch zu thun übrig bleibt!

Ihr aber, Arbeiter, Berufsgenossen, wirket unverbrossen an der Vervollständigung eurer Statistik! Erkennt und würdigt mehr und mehr, daß solcher Leistungen, wie sie Euch jetzt in den hier besprochenen Arbeiten geboten sind, nur eine starke, wohlgeordnete, zentralisierte Organisation fähig ist. Und: macht Euch immer vertrauter mit dem Studium der Zahlen; sie sind eine Quelle der Erkenntnis und vorwärts strebender siegreicher Kraft!

### Krankenkassen und Apotheken.

Die Beziehungen zwischen den Apotheken und Krankenkassen bilden seit Jahren ein lebendes Thema der öffentlichen Erörterung. Es entspricht einem berechtigten Interesse der Krankenkassen, bemüht zu sein, dem Heilmittel-Wucher, den die privaten Apothekenbetreiber betreiben, nach Möglichkeit entgegenzuwirken, so zunächst eine Herabsetzung der Heilmittel-Preise zu erzielen und solche Heilmittel, welche dem Apotheken-Monopol nicht unterworfen sind, zu niedrigeren Preisen von Drogenhandlungen zu beziehen.

Dagegen wehren sich die Apothekenbetreiber nach Kräften. Ihre Koalition, der „Deutsche Apothekerverein“, will die Krankenkassen — hauptsächlich kommen die Ortskrankenkassen und die Freien Vorkassen in Betracht — zwingen, sich bedingungslos der Arzneiliste zu unterwerfen. Es ist ja diesfalls in einigen Städten bereits zu heftigen Kämpfen zwischen beiden Theilen gekommen, in welchen die Krankenkassen das Mittel des Boykotts in Anwendung brachten. Jetzt bereitet der Apothekerverein, wie aus dessen Jahresbericht ersichtlich, eine Eingabe an die gesetzgebenden Körperschaften, Reichstag und Bundesrat, vor. Er will eine Abänderung der einschlägigen Bestimmungen des Krankenversicherungs-Gesetzes dahin erzielen, daß es den Kassen verweigert wird, Arzneimittel von Drogenhandlungen zu beziehen und daß sie verpflichtet sind, die Preise nach der Arzneiliste zu zahlen. Das Gesetz soll die Kassen zwingen, dem Heilmittelwucher tributpflichtig zu sein in vollem Umfange ihres Bedarfs.

Es ist das eine Forderung, die, von Profitgier diktiert, vergessbar ist der unerschöpflichen Annäherung der Agrarier, die das Volk geistlich zwingen lassen wollen, ihnen einen Brotwuchertribut zu entrichten, sowie auch dem Verlangen der Hausagrarier, daß Staat und Gemeinde sich die Abstellung der Wohnungsmietsteuern nicht aneignen lassen, damit sie ungehindert dem Mietwucher obliegen können.

Dem Bestreben der Apothekenbetreiber ist zu begegnen mit der Forderung der Beseitigung des privaten Apothekenmonopols. Die Apotheken müssen durch das Gemeinwesen (Reich, Staat, Gemeinde) übernommen und betrieben werden unter der Voraussetzung des Ausschusses fiskalischer Profitinteressen.

Es ist der denkbar schärfste Widerspruch, daß unter der reichsgesetzlichen obligatorischen Krankenversicherung und den Fürsorgeaufgaben der Gemeinde auf dem großen Gebiete der Krankenpflege, die zum Teil Armenpflege ist, ein privates Heilmittelgeschäft, welches Krankenkassen und Gemeinden tributpflichtig sind, gebildet wird. Zur öffentlichen Kranken- und Gesundheitspflege gehören Regie-Apotheken so gut wie Heilanstalten, Pflege- und Versorgungsanstalten, Volkshäuser etc., ja, die Regie-Apotheken sind geradezu als integrierender Teil der öffentlichen Krankenpflege zu erachten.

Der Verwirklichung dieser Forderung steht allerdings die geltende Gesetzgebung entgegen. Zu einer einschlägigen gesetzlichen Regelung des Apothekenwesens sind wir in Deutschland bis jetzt noch nicht gelangt; es ist in jedem Bundesstaate besonders geregelt, und zwar in der Hauptsache übereinstimmend dahin, daß die Errichtung einer Apotheke nur auf Grund einer staatlichen Bewilligung zu verleihehenden Konzession geschehen darf. Selbst die Errichtung von Apotheken in öffentlichen Krankenhäusern und nur für deren Insassen unterliegt der staatlichen Genehmigung. Das herrschende System dient lediglich dazu, den Apothekenbetreibern nicht nur unerhörte Profite an den Arzneien, sondern auch das Privileg zu sichern, ihre Geschäfte zu wahrhaft wucherischen Preisen zu verkaufen.

Diesem Unwesen kann gründlich ein Ende gemacht werden dadurch, daß das Apothekenwesen dem Privatbetrieb entzogen wird. Das Nächstliegende wäre, die

Uebernahme der Verwaltung und des Eigentums des Apothekenwesens durch das Reich herbeizuführen. Ein dahingehender Antrag wurde am 28. Januar 1891 von der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages gestellt unter folgender Begründung: „Der Uebergang des Apothekenwesens in Reichsverwaltung und Reichseigentum ist die notwendige Konsequenz der Gesetze über Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung. Das Reich soll mit der Verwaltung und Bewilligung des Apothekenwesens kein fiskalisches Interesse verfolgen, sondern die Medikamente zum Selbstkostenpreise verabreichen.“

Obwohl — ganz abgesehen von der moralischen Verpflichtung — die rechtliche Befugnis des Reiches zur Angewinnung und Durchführung dieser wichtigen Reform ganz zweifellos aus Art. 4 Nr. 15 der Reichsverfassung sich ergibt, wonach der „Beaufichtigung seitens des Reiches und der Gesetzgebung“ unterliegen „Wachregeln der Medizinal- und Veterinär-polizei“, lehnte der Reichstag den sozialdemokratischen Antrag ab. Früher bereits, 1887 und 1888, hatten Bundesrat und Reichstag sich mit dem Projekt zu beschäftigen, die Personalkonzession für Apotheken — die ungerechteste und gefährlichste Art der Konzessionierung — durch das Reich unter gleichzeitiger Abolition der Apothekenwerthe einzuführen. Der Reichstag beschloß (16. Februar 1888), den verbündeten Regierungen die Inangriffnahme der reichsgesetzlichen Regelung des Apothekenwesens zu empfehlen. Aber der Bundesrat, der sonst, wenn es sich um den Vorschlag neuer reaktionärer Gesetze gegen die Arbeiter, neuer Steuern etc. handelt, leicht und schnell zu einer Einigung kommt, konnte in dieser Frage zu einer Einigung nicht gelangen. Aber die preussische Regierung stellte den Entwurf eines neuen Apothekengesetzes in Aussicht, der immer noch „in der Vorbereitung“ sich befindet. So gilt denn in Preußen immer noch die Königlich Apothekenverordnung vom 24. Oktober 1811.

Lebensfalls sollten die Gemeinden sich bemühen, die staatliche Genehmigung zur Errichtung von Regie-Apotheken zu erlangen, ohne Rücksicht auf die entgegenstehenden privatkapitalistischen Interessen — zunächst wenigstens zur Beseitigung des Heilmittel-Wuchers der Krankenkassen, Kranken-, Pflege-, Siechen-, Waisenanstalten etc. Es ist berechnet worden, daß die Regie-Apotheken die Heilmittel, wenn sie dieselben zum Selbstkostenpreise abgibt, durchschnittlich um drei Viertel verbilligt. Viele Millionen könnten auf diese Weise den Krankenkassen und den Gemeinden erspart werden. Im Jahre 1900 betrugen die von den Krankenkassen im Deutschen Reich ausbezogenen Krankheitskosten zusammen M. 157 666 199. Davon kamen auf Arznei etc. M. 25 995 630.\*

Davon sind etwa drei Viertel in die Taschen der Apothekenbetreiber geflossen. Wir haben oben auf die Unberechnung dieses Verlustes hingewiesen. Man ermäge, daß die Arbeiter und mit ihnen der größere Teil der Unternehmern dem gesetzlichen Zwange zur Leistung von Krankenversicherungsbeiträgen unterworfen sind. Das Gesetz verpflichtet die Kassen zur Diefung freier Arzneien und sonstiger Heilmittel an die erkrankten Mitglieder. Dieser an sich notwendige und durchaus berechtigte Zwang bedeutet unter den obwaltenden Verhältnissen, beim Bestehen des privaten Apothekenmonopols, zugleich einen Zwang für die Versicherten, enorme Summen dem Profitinteresse der Apothekenbetreiber zu opfern — Summen, die entweder dazu dienen könnten, den Erkrankten und ihren Familien ausgiebige Unterstützung zuzuwenden, oder die nicht aufgebracht zu werden brauchen, so daß eine Ermäßigung der Beiträge möglich wäre.

Die Tributpflichtigkeit der Krankenkassen gegenüber den Apothekenbetreibern fällt besonders dann schwer ins Gewicht, wenn in Zeiten des Vorkommens epidemischer Krankheiten die Kassen genötigt sind, außerordentlich hohe Aufwendungen für Heilmittel zu machen.

Ferner muß die sehr gewichtige Erwägung Platz greifen, daß die obligatorische Krankenversicherung eine Institution sozialer Fürsorge für die Armen und Ärmsten des Volkes sein soll. Sie ist es nach ihrer jetzigen gesetzlichen Beschaffenheit noch nicht in vollkommenem Maße. Im Allgemeinen sind die Leistungen noch zu geringe, besonders soweit die Unterstützung der Familien Erkrankter in Betracht kommt. Demgegenüber erscheint es geradezu wie ein Vortrager Schuß auf den Begriff „soziale Fürsorge“, daß die Krankenversicherung ein Mittel abgibt für die Apothekenbetreiber, sich auf Kosten der Armen und Ärmsten zu bereichern, um dann, wie schon bemerkt, mit ihren Apotheken wucherische Spekulation betreiben, sich durch deren Verkauf zu unerhörten hohen Preisen noch extra bereichern zu können.

Das private Apothekenmonopol entsteht jeder stillschweigenden Berechtigung, es ist geradezu ein stillschweigendes bestimmtes Privatrecht, das jedem Apothekenbetreiber ein förmliches Privileg der Ausbeutung des Unglücks vieler Millionen Menschen zu gewährt.

\*) Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amt 1902, S. 212.

Man muß sagen, es ist geradezu unerhört, daß die öffentlichen Gewalten diesen Zustand immer noch dulden, daß sie sich nicht dazu verstehen, ihm ein Ende zu machen. Sie schrecken doch sonst vor der Verstaatlichung privater Betriebe nicht zurück. Fürst Bismarck wollte die gesamte Tabakindustrie in Reichsregie überführen. Vor einigen Jahren hat der Reichstag der Forderung der verbundenen Regierungen, betreffend die Aufhebung der Privatpost-Unternehmungen entsprochen. Weßhalb scheuen die Regierungen vor der Verstaatlichung des Apothekenwesens zurück, die im Volksinteresse durchaus geboten ist? Das erklärt sich hauptsächlich wohl aus dem Umstande, daß mit Uebernahme industrieller und Verkehrsunternehmungen auf das Gemeinwesen einem fiskalischen Interesse genügt wird. Ein solches Interesse kann bei der Verstaatlichung des Apothekenwesens nicht in Frage kommen; es würde ohne größtmöglichen Verlust wider die Gebote sozialpolitischer Gerechtigkeit und Gerechtigkeit nicht angehen, aus dem Apothekenbetriebe Profite für den Fiskus heraus zu schlagen.

Dieses ist nach unserem Ermessen der hauptsächlichste Grund, weshalb die öffentlichen Gewalten sich so gleichgültig gegen die Forderung der Verstaatlichung des Apothekenwesens verhalten. Sie stellen sich damit das Zeugnis sozialpolitischer Rücksichtlosigkeit aus. Und doch sagt man, Deutschland „marschiere an der Spitze der Sozialreform“.

Das Mindeste, was als Uebergang zur Beseitigung des privaten Apothekenmonopols verlangt werden muß, ist, daß im Krankenversicherungsgesetz den Krankenkassen die Verpflichtung auferlegt wird, eigene Apotheken zu errichten. Es könnten zu diesem Zwecke die Krankenkassen einer Gemeinde oder eines Bezirkes zusammengefaßt werden. Oder das Gesetz müßte den Gemeindeverwaltungen die Pflicht auferlegen, dem Hilfsmittelbedürfnis der Krankenkassen durch Errichtung von Apotheken zu entsprechen.

Dieser nächste Schritt zur Ueberwindung des Hilfsmittelmangels ergibt sich mit zwingender Konsequenz aus dem Wesen, aus dem Zweck, aus dem sozialpolitischen Charakter der Krankenkassen. Die Interessen der Klassen und ihrer Mitglieder einem privilegierten privaten Profitinteresse untergeordnet, ist eine sozialpolitische Absurdität und Ungerechtigkeit.

## Maurerbewegung.

### Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen.

Im Streik befinden sich resp. ausgesperrt sind die Kollegen in Hamburg, Altona, Wandersb., Wilhelmshafen, Garburg, Walschin, Wedde, Brandenburg a. d. V., Kolmar i. B., Guben, Kambach bei Götting, Eberfeld-Barmen-Vohwinkel und Dömitz.

Gesperrt sind die Bauten der Elbe- und Elmsalldier von Carl Thiel & Söhne in Wilsdorf, Rother & Krenup in Münster i. W., Wälsing in Stade, C. Wied in Kloster-Malschow, Lechband in Krenup; C. Dechow in Nienburg an der Weser; Gumbertmann in Bremen; Spangenberg in Wilsdorf; Wälsing und Engelle in Tegel; Röh und Schüler in Walsdorf; Wenzel in Neuenhagen bei Potsdam; Gerber & Sohn und Otto in Barmen; Conrad Weßhalb (Kabinett) in Stolp in Pommern; Blubau in Wilsdorf; Gunkel in Cassel; Färber in Nienhagen; Schlat in Götting; Schulhausneubau in Groß-Ottersleben.

In Warmen arbeiten in der letzten Woche 126 Kollegen zu neuen Bedingungen bei 16 Unternehmern auf 28 Bauten. Die Zahl der Streikbrecher ist auf 280 gestiegen. Der von den Unternehmern mit so großem Pomp angekündigte Zug von Holland ist bis jetzt ausgeblieben; allerdings ist es den Unternehmern gelungen, neun Holländer aus der Gegend von Arnheim zu erhalten. Wie diese ankamen, war die Polizei durch sieben Beamte am Bahnhof vertreten und ebenso viel Unternehmern waren anwesend, so daß es den Streikenden unmöglich war, an die Leute heranzukommen. Die Streikbrecher wurden in einer Ziegelfabrik einquartiert. Am anderen Tage gelang es unseren Kollegen, sich mit den Holländern in Verbindung zu setzen, worauf die Gesellschaft dem schließlich auch wieder nach Holland abmarschierte. Die Unternehmern befinden sich augenblicklich in einer großen Klemme, denn sie machen alle Anstrengungen, um von auswärtigen Maurern heranzuziehen. Ein Unternehmer giebt sich diese Mühe, damit die Innung Zugeständnisse machen soll. Es ist auch alle Aussicht vorhanden, daß der Streik in kurzer Zeit beigelegt wird und die Kollegen die geschnittenen Arbeitszeit und eine Erhöhung des Stundenlohnes von 8-4 erringen.

Wie überall, wo sich Arbeiter für ihr gutes Recht mit dem Unternehmertum im Kampf befinden, die Polizei zu Gunsten des letzteren Stellung nimmt, so auch hier. Unter Parteilichkeit für Barmen-Eberfeld hat schon wiederholt Anlaß genommen, das scharfe Vorgehen der Polizeibeamten gegen die Streikenden zu bezeichnen und zu kritisieren. Aber daran ändert sich die Polizei nicht; sie hält ruhig an ihrer Politik: „Schuß den Arbeitswilligen“ fest. Alle Beschwerden dagegen bleiben bisher ohne Erfolg. Gestern wieder erfuhr ein Streikender von dem Polizeipräsidenten Nr. 73 am Mitterhäuser Bahnhof eine Befehlsbefugnis, die ihn veranlaßt, sich beschwerend bei dem Polizeikommissar Buchardt zu wenden. Auf dem Mitterhäuser Bahnhof waren in der Nacht vier Maurer, Vertreter, angekommen, die, weil fremd, die Nacht über im Wartesaal bleiben wollten. Doch wurde ihnen das nicht gestattet, sie wurden auf die Straße gesetzt, wo sie bis zum Morgen bleiben mußten. Während zwei davon auf der Arbeits-

suche waren, kam der Unternehmer Höller, welcher nun beantragte, daß die Leute ihre Köpfe im Bahnhof unterstellen könnten, jedoch ohne daß sie selbst die Arbeiter abholen könnten. Die Streikenden kamen mit den Zugereisten auch in's Gespräch, und als letztere erfuhr, daß hier gestreikt wird, erklärten sie sich bereit, nach dem Streikbureau zu gehen. Einer der Streikenden wollte ihnen ihre Köpfe vom Bahnhof holen. Doch als er im Bahnhof betreten wollte, wurde er von dem Polizeipräsidenten Nr. 73 gefaßt und ihm das Aussteigen in Aussicht gestellt. In berechtigter Erregung ging er nach dem in der Hofenau gelegenen Kommissariat, um Beschwerde zu erheben. Doch dort kam er schlecht an. Der Kommissar stellte den Grund auf, daß die Streikenden mit den Zugereisten überhaupt nicht sprechen dürften. Wenn allerdings dieser Grund als Richtschnur des Handelns von der Polizei aufgestellt wird, was übrigens ungesetzlich ist, dann allerdings wäre es weit rationeller und zweckmäßiger für das Unternehmertum, wenn die Polizei die Streikenden sammt und sonderb so lange einsperrte, als sie sich weigern, nach der Pleße des Unternehmertums zu tanzen. So lange aber das noch nicht gesetzlich erlaubt ist, wird die Polizei dulden müssen, daß die Streikenden mit Bähigkeit alle die Mittel im Kampfe anwenden, die gesetzlich nicht untersagt sind.

In Münster i. W. sind die Kollegen mit den Inhabern der Baufirma Rother & Krenup in Lohnbindungen gefangen. Es wird gebeten, nicht eher bei dieser Firma in Arbeit zu treten, bis die Differenzen geschlichtet sind.

In Oettingen wurde der Kollege Wenzel, der bei dem Unternehmern Gruppe seit April d. J. in Arbeit stand, entlassen, weil er sich weigerte, auf dem Hofe das Lied „Deutschland, Deutschland über Alles“ mitzutönen. Die Aufregung des Herrn Gruppe und des ebenfalls auf dem Hofe anwesenden Zimmermeisters Wenzel wurde als unpatriotisches Verhalten des patriotischen Wenzel war so groß, daß sie ihm bereits um 10 Uhr das Lokal verboten. Der Einwand Wenzel's, er habe das Lied nicht mitgetönen, weil er die Melodie nicht kenne, fand keine Beachtung, er mußte raus. Wie möglich den hochpatriotisch gesinnten Herrn Wenzel und Zimmermeister den Hof geben, den bei ihnen beschäftigten Maurern, Zimmerern und Arbeitern der Wochen vor „Stallfinden eines künftigen Gesangsunterrichts“ geben zu lassen. Die Auswahl der Lieder besorgte die Unternehmern. Wer sich weigert, an dem Unterricht teilzunehmen, wird entlassen. Jedoch werden die Herren doch die Gewißheit haben, daß ihre Arbeiter leistungsfähige Sänger sind, und ungerechtfertigte Entlassungen können nicht vorfallen, während sie immer noch die Vermutung nahe liegt, daß Wenzel das Lied wirklich nicht singen kann und daher zu Unrecht entlassen ist.

Eingeklagt macht stark! Das haben die Maurer in Elbing wieder bewiesen. Wir schreiben schon vor 14 Tagen (siehe Nr. 88 des „Gst.“), daß am Krankenhaustau, der von Herrn Maurermeister Weinberg aufgeführt wird, besonders niedrige Löhne gezahlt würden, auch ein Kollege dort gemacht sei, so daß der Verband in nächster Zeit auf Herrn Weinberg ein besonders nachdrückliches Auge richten werde. Am Mittwoch, den 10. September, sollte eine Versammlung stattfinden, die sich mit Herrn Weinberg beschäftigen sollte. Es hatten nun sechs Kollegen das Verbot ertragen, am Krankenhaustau ganzheitlich zur Veranlassung zu verheilen. Die Folge davon war, daß Herr Weinberg die Kollegen sofort auf's Pfaster setzte. In der Versammlung, die von circa 150 Kollegen besucht war (besonders zahlreich vom Krankenhaustau, es arbeitete dort 98 Maurer), wurde das Verhalten des Herrn Weinberg gebührend gekennzeichnet. Es wurde eine Kommission gewählt, welche mit Herrn Weinberg unterhandeln sollte. Verlangt wurde: 1. die sofortige Einstellung sämtlicher gemauerten Kollegen; 2. ein DurchschnittsStundenlohn von 8-3. Herr Weinberg verlangte zuerst von der Kommission eine notarielle Bescheinigung, daß die Vertreter der Maurer seien; er überlegte sich dann aber die Sache und gab der Kommission anheim, noch einmal vortellig zu werden, um sich Weisheit zu holen. Er überführte sich vorher davon, ob die Kommission gewählig sei, indem er alle Maurer antreten ließ und ihnen ankündigte, wer auf Seiten der Kommission sei, der möge vortreten, wobei er das Maßwerk erlebte, daß sämtliche 98 Kollegen vortraten. Nun hat er wohl seine Schwäche eingesehen. Er theilte darauf der Kommission mit, daß er sämtliche gemauerten Kollegen wieder einstellen werde, auch den Lohn um 2-3 pro Stunde erhöht habe. Die darauf stattfindende Versammlung erklärte sich mit dem Anerbieten einverstanden, und hat so die Sache für die Kollegen einen sehr günstigen Ausgang gefunden. Die Maurer Elbing's werden auch bei der nächsten Gelegenheit zeigen, daß sie stets auf dem Posten sind, daß sie das Jahr 1900 nicht vergessen haben.

### Versammlungen und sonstige Bewegung.

Bestellungen auf die Nr. 20 des „L'Operale Italiano“ müssen bei unserer Expedition bis Montag, den 29. Sept., eingegangen sein. Später eintreffende Bestellungen können nicht berücksichtigt werden, da das Blatt schon Dienstag früh gedruckt wird.

Alle Zuschriften, die schneller Erledigung bedürfen, richten man direkt an die Redaktion des „L'Operale“: C. Regien, Hamburg-St. Pauli, Marktstr. 15, 2. Et.

Am Sonntag, den 7. September, tagte in Köln im feierlich geschmückten Saale „Zur Krone“ die Konferenz des C. u. S. Köln. Betreten waren die Zweigvereine Köln durch drei, Düsseldorf, Barmen-Eberfeld und Elbingen durch je zwei und Bonn, Aachen, Krefeld, Mülheim, Gilden, Barmen-Eberfeld und Elbingen durch je einen Delegierten. Nicht vertreten waren die Zweigvereine Solberg, Gildeshausen, Kronenberg und Düren. Den Geschäftsbericht erstattete der Gauvorsitzende Müth. Das vorige Jahr stand noch im Zeichen der Krise; das machte sich auch in der Organisation bemerkbar, denn während die Mitgliederzahl im zweiten Quartal 1901 betrug, sank sie im dritten Quartal auf 1032 und betrug am Schlusse des Jahres 1119. Sie stieg dann wieder im ersten Quartal auf 1202 und im zweiten Quartal 1902 auf 1766. Augenscheinlich beträgt die Mitgliederzahl rund 2000 und wird sich noch um einige Hundert vermehren, sobald die Lohnbewegungen in Köln, Barmen und Wolschweiler beendet sind und die Abgereisten wieder zurückkehren. Die Organisation der Maurer hat sich im Berichtsjahr um fünf Zweig-

vereine vermehrt. Die neuen Zweigvereine sind in Elbing, Solberg, Kronenberg, Gildeshausen und Barmen-Eberfeld. In elf anderen Orten sind Anknüpfungen gemacht, und es wird auch dort in der nächsten Zeit zur Gründung geschritten werden. Viel Schwierigkeiten bei der Organisation verursacht die Lokalfrage. Die Beiträge und die Weislichkeit können es nicht unterlassen, gleich mit dem roten Lappen zu winken, sobald ein Witz sich zur Vergabe seines Lokals bereit erklärt. Andererseits ist auch das Unternehmertum sein Möglichstes, die Organisation zu unterdrücken. Maßregelungen werden vorgenommen, sobald der Unternehmern erfährt, daß ein Kollege für die Organisation thätig ist, jedoch wird immer das Gegenteil von dem erreicht, was die Herren damit bezwecken wollen. Die Maurer werden dadurch nur erhiteter und agitieren desto besser. Zwischen dem Gauverband und den Zweigvereinen herrscht eine rege Verbindung, was auch aus der Zahl der Korrespondenzen hervorgeht. Im Berichtsjahr erhielt der Gauverband 472 Briefe, Postkarten, Depeschen usw. Abgeschickt wurden in demselben Zeitraum 878,74 Briefe. Den Massenbericht erstattet der Gauvorsitzende Weand. Es wurden vereinbart insgesamt 14.292,50, darunter 14.277,07 Zufuß von der Hauptkasse. Vorausgabte wurden 14.291,76, so daß ein Kassenbestand von 878,74 verbleibt. In der Ausgabe summe sind 14.202 für Streiks enthalten, die von der Hauptkasse zurückzuerstattet werden; die Ausgabe für den Gau ist um diese Summe geringer.

Nach kurzer Diskussion über den Bericht wurde dem Gauverband Entlassung erteilt. Zum Punkt „Agitation“ wies Müth auf die Erfahrungen hin, die wir in den letzten Jahren gemacht haben; er empfahl den einzelnen Zweigvereinen, dem Beispiel Kölns zu folgen und in wirksamer Weise die Hausagitation zu betreiben. Die beste Agitation sei doch diejenige, die auf den Bauten von Mund zu Mund betrieben wurde, und die Kollegen in allen Orten hätten für die nachhaltige Verbreitung dieser Agitation Sorge zu tragen. Der Vorschlag des Kollegen Balzer aus Eberfeld, den Gau in drei Organisationsbezirke einzuteilen, um dadurch die Agitation in den einzelnen Bezirken noch leistungsfähiger zu gestalten, wurde von fast allen Delegierten als nicht praktisch bezeichnet, da es möglich sei, von Köln aus den ganzen Gau in wirksamer Weise zu bearbeiten. Zum Punkt „Lohnbewegung“ führte Kollege Wölsch, auf die wirtschaftliche Entwidlung eingehend, aus, daß im Gau Köln in der Folgezeit mehr als bisher darauf hingearbeitet werden müsse, überall die geschnittenen Arbeitszeit und einen MindestStundenlohn von 60-3 durchzusetzen, der nach seiner (des Redners) Ansicht auch noch kaum genüge, um nur einigermaßen ein menschenwürdiges Leben zu führen. Für das Baugewerbe würden die nächsten Jahre, bedingt durch die in allen größeren sowie in den meisten kleineren Orten herrschende Wohnungsnot, eine gute Arbeitsgelegenheit bringen. Diese müßte von den Maurern ausgenutzt werden, um die vorbedachten Löhne und Arbeitsbedingungen unter allen Umständen zur Durchföhrung zu bringen. Vor allen Dingen müßte, wenn dieses Ziel erreicht werden solle, die Organisation noch besser ausgebaut werden; die Mängel, die sich bei den früheren sowie bei den jetzt schwebenden Lohnkämpfen gezeigt hätten, müßten beseitigt werden, und eine genaue Beobachtung aller Vorgänge in unserem Gewerbe von Seiten der leitenden Kollegen sei dringend notwendig. Ein Antrag des Zweigvereins Köln: die Konferenz möge beschließen, beim nächsten Verbandstag die Streikunterstützung vom ersten Tage ab zu fordern, wurde, nachdem er von verschiedenen Rednern bekräftigt worden war, abgelehnt. Ein Antrag Aachen: das Verbot der Lokalfälle zu beenden, wurde ebenfalls als erledigt betrachtet, da die Konferenz dazu nicht berechtigt sei. In den Gauverbänden wurden wieder resp. neu gewählt: Ernst Müth als Vorsitzender; Leopold Greter als Kassier; Reijels, Esser und Lindeberg als Beisitzer. Die Adresse des Vorsitzenden ist: Ernst Müth, Elbfähre 84; des Kassiers: Leopold Greter, Köln-Poll, Auf dem Sandberg 88. Mit einem kurzen Appell an die Delegierten, in den Zweigvereinen nach Kräften zu wirken, zum Segen der Organisation, im Interesse der Maurer, wird die Konferenz mit einem Hoch auf den Maurerverband geschlossen.

Der Zweigverein Wölsch\* hielt am 16. September seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die leider, wie fast immer, nur von einigen Kollegen besucht war. Gerade die letzte Versammlung war demnach schwach besucht, das heißt wichtige Punkte der Tagesordnung erledigt werden konnten. Dennoch wurde von den wenigen anwesenden Kollegen, die noch nicht einmal anständig am Orte sind, ein Vergnügen angeregt, da in zwei Jahren ein solches nicht stattgefunden habe. Es wurde dem auch beschloffen, spätestens bis zum 18. Oktober ein Vergnügen zu veranstalten. Sollte es bis dahin nicht stattfinden können, so fällt es gänzlich weg. Als Vergnügungsausschuß wurden fünf Kollegen gewählt, die die weiteren Schritte dazu thun sollen. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Am 17. September fand in der Neustädter „Tonhalle“ die regelmäßige Mitgliederversammlung des Zweigvereins Bremen statt. Kollege C. Heins kritisierte noch einmal die Angelegenheit der Streikunterstützung bei der Aussperrung in Hamburg-Altona. Die diesbezüglichen Erklärungen des Kollegen Hugo Kober in der vorigen Versammlung hätten ihn nicht befriedigt. Die Streikleistung wäre nicht berechtigt gewesen, über die Bestimmungen des § 10 des Streikgesetzes hinauszuweisen. Auch der Hauptvorstand durfte seine Zustimmung dazu nicht erteilen, er beantragte daher, die Angelegenheit im „Grundstein“ zu veröffentlichen, um so die übrigen Kollegen in Deutschland auf die Angelegenheit aufmerksam zu machen, damit auf dem nächsten Verbandstag die Sache zur Sprache gebracht würde. Der Antrag wurde angenommen. Sodann fand eine längere Auseinandersetzung über die Verlegung des Versammlungstages statt, die damit endete, daß künftig unsere regelmäßigen Versammlungen Donnerstags abgehalten werden. Einigen Kollegen, welche Sonntags gearbeitet resp. überstunden gemacht hatten, wurde eine Mäße erteilt und ihnen im Wiederholungsfall mit Ausschluß aus dem Verband gedroht. Zu Beschließenes verließ der Vorsitzende eine Erklärung des Bremer Gewerkschaftsrates in Nr. 87 des „Korrespondenzblatt“, welche sich mit einer Verurteilung des Kollegen Wölsch auf dem Gewerkschaftstages in Eutin gerichtet befaßt. Die in der Erklärung enthaltene Behauptung rief großen Unwillen in der Versammlung hervor. Es wurde beschloffen, eine dahingehende

Erklärung in der Bremer Bürgerzeitung" sowie im "Correspondenzblatt" zu erfolgen. Im übrigen wurden die Bemerkungen des Herrn B. auf dem Geschäftsversammlungsbesuch nicht nur, sondern auch, weil sie vollständig wahr sind, immer noch als solche der "Bürgerzeitung" ein Situationsbericht zur Verfügung. Am 22. 23. und 24. August d. J. tagte in Altona der 15. Bezirkstag des Norddeutschen Innungs-Verbands. Nach dem Bericht der "Bürgerzeitung" erklärte der Vertreter für Bremen: "Trotz des Vertrages mit den Maurern und Zimmergehilfen vom 16. März 1900, welcher bis zum 1. April 1902 abgeschlossen war und worin die Arbeitgeber in weitgehendster Weise den Wünschen der Gesellen nachgegeben waren, konnten dieselben es nicht unterlassen, um geringe Kleinigkeiten Bauherren über verschiedene Bauten zu verhandeln, bis schließlich in der Versammlung die Arbeitgeber vom Maurergewerbe am 28. November (1) sich veranlaßt sahen, den alten Vertrag zu kündigen und denselben neu auszuhandeln. Der neue Vertrag mit den weitgehendsten Sicherungen für die Arbeitgeber ist bis jetzt von den Gesellen noch nicht angenommen; sollten die Gesellen nicht auf die Wünsche der Arbeitgeber eingehen, so haben letztere beschlossen, den Vertrag ganz aufzugeben. Wir müssen nicht, so fürchte der Vorsitzende aus, der Verzichtserklärung nicht im Besitz eines gegenseitig unterschriebenen Vertrages ist, sonst könnte er unannehmlich beratende Ausführungen gemacht haben. Unten 26. Februar 1902 sandten wir folgendes Schreiben an die Innung 'Baubetriebe' zu Bremen:

"An die löbliche Innung 'Baubetriebe' zu Bremen.  
Die am 23. Februar stattgefundene öffentliche Maurerverammlung hat den uns zugesandten Vertrag nach eingehender Verhandlung angenommen, und senden wir denselben nebst Unterschriften an die löbliche Innung hiermit zur Kenntnisnahme zurück."

Im Auftrage der öffentlichen Versammlung der Maurer Bremens sowie des Gesellenausschusses  
Hochachtungsvoll G. Hübner."

Im übrigen erklärte ein Arbeitgeber in einer Sitzung im Gewerkschaftshaus, welche zur Schlichtung von Differenzen im Monat Mai d. J. stattfand, er sei nunmehr, da der Vertrag gegenwärtig abgeschlossen sei, für strikte Innehaltung desselben, trotzdem er mit einigen Punkten nicht einverstanden sei. Diese Sitzung fand im Mai d. J. statt. Wie nun der Referent dazu kommt, zu erklären, wie hätten den Vertrag nicht angenommen, ist uns deshalb unverständlich. Die Versammlung glaubte deshalb, daß es notwendig sei, hierüber Erklärungen einzuziehen. Alsdann ermahnte der Vorsitzende die Kollegen zum festen Zusammenhalten, um so zu gegebener Zeit konsensuell dazustehen. Nach einigen internen Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

In Burg b. M. fand am 16. September die regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt, welche ziemlich gut besucht war. Es wurde zuerst über die Sache Simon Jacob wegen Verhöhnung des Vorstandes verhandelt. Trotzdem Jacob nachgewiesen wurde, daß er die Beleidigungen ausgesprochen, lehnte er es doch ab, sich zu verteidigen und die Beleidigungen im "Grundstein" zurückzunehmen. Es wurde beschlossen, Jacob aus dem Verbande auszuscheiden. Darnach verlas der Kassier die Abrechnung vom Vergangenen. Dasselbe wurde genehmigt. Es wurde beschlossen, eine öffentliche Maurerverammlung anzuberaumen und hierzu die Vorarbeiten dem Vorstande zu überlassen. Kollegen, wir fordern Euch wiederum auf, die Versammlungen besser zu besuchen! Wenn auch den hiesigen Vollzugsmitgliedern unsere Versammlungen nicht gefallen, darum müssen wir gerade darauf hinwirken, unsere Organisation hochzuhalten. Jeder Kollege muß sich bemühen, zu beweisen, daß er die Ziele und Zwecke des Zentralverbandes der Maurer begriffen hat.

In Dresden fand am Mittwoch, den 17. September, im Saale des "Vollbauers" eine öffentliche Maurerverammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: "Das Unfall-, Alters- und Invalidenversicherungsgesetz, die Nachversicherung und die Arbeitervertreter", hielt Genosse Gröbner einen mit großer Aufmerksamkeit und Beifall aufgenommenen Vortrag. Im zweiten Punkt der Tagesordnung fand ein Antrag betreffs Einführung einer Krankenunterstützung zur Veranlassung, der nach längerer Diskussion in folgender Form angenommen wurde: Mitglieder, welche a) 28 Wochen krank oder unwohl sind, b) nicht Alters- oder eine 30prozentige Unfallrente beziehen, c) 5 Jahre hintereinander in Dresden die vollen Beiträge bezahlt haben, kann eine Unterstützung gewährt werden. Mitglieder, welche sich von Dresden abmelden und anderswo weiter bezahlen, kann, wenn Dinges zutrifft und die Erkrankung innerhalb eines Jahres nach der Abreise erfolgt, ebenfalls Unterstützung gewährt werden. Als Norm für die Unterstützung wird festgesetzt: nach 5jähriger Mitgliedschaft M. 6, nach 7jähriger Mitgliedschaft M. 6, nach 9jähriger Mitgliedschaft M. 7 und folgt bis M. 10 wöchentlich. Mitglieder, welche aus Grund der Statuten und Versammlungsbeschlüsse niedrigere Beiträge als die in Dresden üblichen bezahlen, wird die Unterstützung entsprechend der Höhe der Beiträge ausgesetzt. Die Unterstützung endet mit Genesung. Jed oder Ende der Mitgliedschaft. Die Unterstützung ist eine freiwillige und steht Niemandem Anspruch darauf zu. Hieraus ersieht, nachdem der Vorsitzende noch auf das am 26. Oktober im Saale des "Vollbauers" stattfindende Vergnügen hingewiesen, Schluß der Versammlung.

Am Sonntag, den 21. September 1902, tagte in Greifswald, im Lokal des Herrn Paulsen, eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung, in der Kollege Brauer aus Berlin einen Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation hielt. Gleichfalls war mit diesem Vortrag eine Revision der Statuten und Ausfertigung verbunden. Der Referent erledigte seinen Auftrag in der vollkommensten Weise und wurde der Vortrag mit großem Beifall aufgenommen. An der Diskussion beteiligten sich verschiedene Kollegen. Am Ende befielen noch recht ungünstige Verhältnisse, die dem Gelingen des Zweigvereins entgegenwirkten. Die Kasse und Buchführung wurden in besserer Ordnung befunden. Mit einem Hoch auf die Organisation wurde die Versammlung geschlossen.

Der Zweigverein Gießberg hielt am 18. September seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Zunächst wurde die Wahl eines Vorstehenden vorgenommen, und wurde als solcher Kollege Stahl gewählt. Sodann erstattete Kollege Gammelin Bericht von der Gastlosenfeier. Die dort gehaltenen Beschlüsse wurden von der Versammlung akzeptiert. In "Verschiedenes" wurde beschlossen, Sonntag in den unmittelbaren Ortsgruppen Agitationsreisen zu unternehmen, um dem Zweigverein neue Mitglieder zuzuführen.

Am 5. d. M. tagte in Grawenz eine öffentliche Versammlung, in der Kollege Schwarz als Referent auftrat. Auf der Tagesordnung stand: "Die wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Gegenwart". Referent verlas es, die Versammlung mit passenden Worten über die Notwendigkeit der Kampfpläne aufzuklären. Im Punkt "Verschiedenes" kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Genert und Verband, die eine Trennung zwischen beiden Organisationen herbeizuführen drohten. Kollege Wierzbowski ermahnte zur Einigkeit. Nach einem kräftigen Schlusswort wurde die Versammlung geschlossen.

Am 16. September fand in Greifswald eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung statt. Der Vorsitzende teilte mit, daß dem kranken Kollegen J. Ballast die bewilligten M. 20 überreicht seien, wofür B. seinen Dank aussprechen lasse. Es wurde sodann ein Antrag des Kollegen B. Wenz, betreffend die Beilegung der Streitigkeiten, angenommen, wonach je die Hälfte der Mitgliedschaft der Verdingung eines Kollegen beizuwohnen hat. Kollege Schwennemann brachte zur Kenntnis, daß er mit einem Kollegen bei dem Baumeister B. im Afford gepußt habe. Als die Arbeit fertig war, wurde sie als gut angenommen; es blieben aber noch pro Mann M. 12 des Affordgeldes beim Unternehmer stehen. Seit der Fertigstellung der Arbeit ist jetzt kein ein Jahr verstrichen und die Kollegen haben ihr Geld noch immer nicht. Als Sch. bei seiner kürzlich erfolgten Entlassung den Vorfall forderte, sollte die damals geleistete Arbeit mit einem Male mangelhaft sein. Die Entlassung des Kollegen Sch. erfolgte, weil er auf dem Bau zu viel für den Verband agitierte und immer das erste Wort nahm. Zuletzt für den Verband zu agitieren, ist natürlich nicht aller Willkür. Leider ist in Greifswald augenscheinlich eine solche Bauhohnjunktur, sonst müßte man dem Unternehmer etwas anderes zeigen; er wird aber die ihm gebührende Antwort bei einer für uns günstigeren Zeit erhalten. Kollegen, an diesem Beispiel sollt Ihr sehen, was die Unternehmer durch den Afford bezogen. Ihr werden ausgehungen, und will man seinen Lohn haben, dann steht es: Zu besommt nichts, denn die Arbeit ist schlecht. Darum laßt uns dafür eintreten, daß die Affordarbeit aus der Welt geschafft wird. Greifswalder Weise kann berichtet werden, daß unser Zweigverein sich wieder sehr gehoben hat, denn kranke sind es nach dem Streik aus; es hatte den Anschein, als wenn der Zweigverein zu Grunde gehen sollte, und nur durch kräftige Agitation ist es gelungen, wieder vorwärts zu kommen! Kollegen, folgt Mann für Mann unserer Führe. Einigkeit macht stark!

In Grawenz tagte am Dienstag, 9. September, eine schwach besuchte Bauhandwerker-Versammlung. Kollege Richard Koch aus Dresden referierte über: "Das Submissionswesen, mit besonderer Berücksichtigung des Brückenbaus in Grawenz". Von den am Brückenbau arbeitenden Kollegen war keiner in der Versammlung erschienen, obgleich sie es am nötigsten gehört hätten. Es werden an dem Bau Löhne von 18-21 f. für Arbeiter und 24 f. für Maurer gezahlt. Die Maurer müssen sich über die Straie im Wasser begeben. Da die Abwässerung nichts taugt, und bis Abends 9 Uhr bei einer Stillestunde arbeiten. Diese Verhältnisse werden von den Meistern recht scharf beleuchtet und das Geschrei des "Grawenzaner Tagesblatt", wodurch das Streben des Unternehmers noch noch befeuert wird, einer scharfen Kritik unterzogen. Die Diskussion endete endlich im Sinne des Referenten. Die Versammlung mußte doch wohl auf den Baumeister noch eingewirkt haben. Als einige Tage später der Bau von dem Vertrauensmann Weid. um 8 Uhr besucht wurde, ließ Herr Koch zum größten Erschaumen seiner Partizide die Arbeit sofort einstellen.

Am Sonntag, den 7. September, fand im "Hofjäger" zu Königsbutter eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung statt, in welcher Kollege Witzke-Drumhewer über: "Mangelhafte Schutzvorrichtungen und die dadurch entstehenden Unglücksfälle" referierte. Der Referent verlas es meisterhaft, den anwesenden Bauhandwerkern die Erfahrungen der erst seit 20 Jahren bestehenden Arbeiterbewegung vor Augen zu führen. Er bemerkte dabei, daß noch mehr geschaffen werden könnte, wenn nicht die gewerkschaftliche Interessenlosigkeit so groß wäre. So wäre z. B. der achtstündige Arbeitstag gar nicht so fern bei man denke, da doch schon in manchen Städten und einzelnen Verulen der neunstündige Arbeitstag eingeführt wäre, an den der 20 Jahre kleiner gebaut hätte. Ferner betonte der Referent die große Notwendigkeit der Arbeiterorganisationen, um der Affordarbeit endlich Einhalt zu bieten. Die Affordarbeit sei deshalb so schädlich, weil sie kolonnenweise und großenteils von jungen, kräftigen Arbeitern ausgeführt wird, dadurch würden die älteren Arbeiter, die dieser Arbeit nicht mehr gewachsen sind, als unbrauchbar bei Seite geschoben, wodurch Junggeleiteten unter den Arbeitern hervorgerufen würden. In der Diskussion schloßerte ein Kollege die mangelhaften Schutzvorrichtungen in den Kalksteinbrüchen; es seien weder Brustwehren noch Vorrichtungen zum Schutz gegen herabfallendes Geröll vorhanden. Die Unzufriedenheit unter den Arbeitern sei groß, leider seien sie aber nicht organisiert und deshalb könne eine Änderung der bisherigen schlechten Zustände auch nicht herbeigeführt werden. Referent empfahl daher dringend den Anschluß an die Organisation. Zum Schluß ließen sich mehrere Kollegen in den Verband aufnehmen.

In Krausendorf bei Rastenburg fand am Sonntag, den 13. d. M., eine öffentliche Maurerverammlung statt. Seit Beisehen des preussischen Vereins und Versammlungsrechts war dieses wohl die erste Versammlung, welche von Arbeitern einberufen war, um einen Verein zu gründen, welcher die Interessen der Maurer wahrnehmen soll. Wenn auch der Versammlungstag ein recht ungünstiger für die Maurer war, weil die meisten Arbeiter noch am Sonntagabend einige Stunden auf die paar Mark, welche sie die Woche über sauer verdient haben, warten mußten, und obgleich das Lokal außerhalb der Stadt lag, befand, war doch die Versammlung gut besucht; der beste Beweis, daß auch die Maurer in Rastenburg zum Klassenbewußtsein gekommen sind. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: "Die Bedeutung des Maurerverbandes", referierte der Kollege Schwarz aus Danzig. Nachdem Referent der Versammlung die Stellung des einzelnen Arbeiters dem Arbeitgeber gegenüber klar gelegt, führte er an, daß der Zusammenschluß der Kollegen zur Notwendigkeit geworden sei, um den einzigen Heilighum der Arbeiter — die Arbeitskraft — zu schützen und zur Geltung zu bringen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, einen Zweigverein des Maurerverbandes zu gründen. Es ließen sich sofort 44 Kollegen als

Mitglieder aufnehmen. Nachdem noch ein provisorischer Vorstand gewählt war, wurde die Versammlung geschlossen. Am Sonntag, den 14. d. M., hielt der Zweigverein Krefeld seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Referent verlas es, der Gastlosenfeier, der vom Kollegen Tschertoff erstattet wurde, enthielte sich eine lebhaft Diskussion. Hauptbeschlüsse demgemäß wurde die Krefelder Kollegen nach, deren Betrag von M. 10.75, der zur Anschaffung eines kleinen Schrankes zur Aufbewahrung von Büchern, Karten und Geldern herabgelassen worden war, als unterschlagen bezeichnet hatte. Es wurde dann folgender Antrag gestellt und einstimmig angenommen: Der Vorstand wird verpflichtet, bei Neubegründung von Zweigvereinen sich zuerst mit dem nächstgelegenden Zweigvereinsvorstand oder Vertrauensmann der Arbeiterpartei in Verbindung zu setzen, um sich über die Verhältnisse und Kollegen in dem Orte, wo der Zweigverein gegründet werden soll, zu informieren, damit Unterfraktionen, wie sie dort ein paar Tagen in Düssen vorgekommen sind, vermieden werden. Dieser wurde beschlossen, den Vorstand aufzufordern, am dem Neubau der Lungenheilkunde Schichten, woran 60 Maurer arbeiten, wovon aber nur 16 organisiert sind, eine lebhaft Agitation zu entfalten, damit die Kollegen dem Verbande zugeführt werden.

In Plauen i. V. fand am Dienstag, den 16. September, eine öffentliche Maurerverammlung in der "Zuile" statt. Genosse Friedrich Meis aus Plauen hielt einen einfindigen Vortrag über: "Der Bauarbeiterkampf im Königreich Sachsen". Die zahlreich anwesenden Kollegen folgten mit großer Aufmerksamkeit den Worten des Referenten. Referent bemängelte zunächst die sogenannte Sozialreform, kam dann auf den Kampfstandtag zu sprechen und betonte, daß eine Befürwortung der Arbeitszeit notwendig ist zur Erhaltung der Gesundheit des Körpers und des Geistes und zur Verminderung der Arbeitslosigkeit. Referent führte ferner an, die Kugeln ablegen, in welcher erscheinender Weise die Löhne im Baugewerbe angenommen haben. Zum Schluß empfahl Referent den Kollegen, sich die Broschüre über Bauarbeiterkampf anzuschaffen und dieselbe fleißig zu studieren. Dieser Wunsch konnte der Referent für seinen vortrefflichen Vortrag. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung wies Kollege Förster auf das Streikgesetz für Plauen hin und ermahnte die Kollegen, genau den Vorschriften gemäß zu handeln und jeden Unfall beim Vertrauensmann sofort anzumelden. Nachdem sich noch verschiedene Kollegen über Mißstände auf den Bauten am Orte ausgesprochen hatten, fand die Versammlung ihr Ende.

Aus Saarbrücken wird uns geschrieben: Bei einem Baugeschäft in Spaltenbach (Kreis Saarbrücken) hat eine neue Art der Lohnzahlung stattgefunden, nämlich die mit dem Stod. Ein Geisel im Alter von 38 Jahren, der nach Ansicht des Partiers nicht genug geleistet hatte, wurde mit den Worten, er solle sich von der Arbeit wegmachen und auf eigene Kosten feiern, denn er sei besoffen, vom Bau getrieben. Auf dieses hin verlangte derselbe auch sein Geld und seine Anbalen-larte, worauf ihm zur Antwort wurde, er solle warten, bis der Meister käme. Als dieser dann kam, wurde er sofort von dem Partier gegen den Willen aufgehoben, was der Meister denn auch mit den Worten: "Gästet dem Laufungen ein sollen hinter die Ohren bauen", bestätigte. Daraufhin verlangte der Geisel nun sein Geld vom Meister, worauf ihn dieser auf die Backsteine warf und ihm mit seinem Stod zehn bis zwölf Schläge über Kopf und Hüften versetzte. Nach dieser Geldstrafe bemerkte der Meister: "So macht man's Euch!" Damit noch nicht genug, kommt nun noch der Stöckige Partier und wirft den Geiseln mit den Worten: "Du Laufseuge" hinterwärts in die Abortgrube; ohne daß einer der umstehenden Arbeiter denselben Einhalt getan hätte. Es ist wirklich traurig, daß die Kollegen sich so elend bieten lassen, ohne sich dagegen zu wehren. Bestände eine gute Organisation am Orte, dann wäre es leicht, dem Meister sammt seinem Partier zu zeigen, wie sie sich gegen über den Geiseln zu benehmen haben.

Eine allgemeine Maurerverammlung wurde vom Zweigverein Stuttgart am 12. September im Festsaal des Gewerkschaftshauses abgehalten. In derselben referierte Verbandsvorsteher Wömelberg über das Thema: "Unsere Aufgaben nach dem Streik". In 15minütigen Ausführungen legte der genannte Referent mit der an ihm gewohnten klaren Weise zunächst die allgemeinen politischen Verhältnisse der Gegenwart dar. Die wirtschaftliche Lage in ihrer Wirkung auf die Arbeiter und ihre Ausbeuter im Besonderen folgend, wobei er zu dem Resultat kam, daß sich um den Arbeiter in nützlichen Zeiten erst recht kein Zweifel lört, während die Verhältnisse immer noch in der angenehmen Lage sind, in ihren Freizeit- und sonstigen Bedürfnissen sich durchaus noch nicht einschränken zu müssen. Auf die Lage der hiesigen Maurer speziell eingehend, beleuchtet der Referent in scharfer Weise die Verhältnisse am Ort. Referent hat nicht nur im Sinn, darüber zu reden, welche Aufgaben die Kollegen nach dem Streik haben, er will auch darauf eingehen, wie die Stuttgarter Maurerschaft das Ziel, das sie sich gesetzt hat, erreichen kann. Referent unterbreitet in dieser Hinsicht zwei Hauptaufgaben: 1. die Erringung eines Minimallohnes, 2. die Erringung eines Maximalarbeitstages im Baugewerbe. Der eigentliche Begriff des Minimallohnes gehe dahin, daß der Lohn, den der Arbeiter verdient, dem entspricht, was derselbe zur Befriedigung seiner Bedürfnisse braucht, um sich selbst und natürlich auch seiner Familie eine richtige Ernährung zu leisten zu können, um als Mensch in der heutigen Gesellschaft bestehen zu können. Wenn man sich nun die Frage vorlegt: "Was braucht der Mensch zu seiner Ernährung?" so stelle sich eigentümlicherweise eine Meinungsverschiedenheit nicht nur bei den Unternehmern, sondern auch bei den Arbeitern selbst heraus. Die Unternehmer gehen davon aus, daß der von ihnen gezahlte Lohn nur so hoch bemessen zu sein braucht, daß der Arbeiter halbwegs damit auskommt. Sie streben auf dem Standpunkt: Wenn nur sie gut herauskommen, die Arbeiter sollen sich auf das einrichten, was sie haben. Es gab und gibt noch heute Unternehmer, welche Schriften sehr hoch gehalten resp. prämierten, in denen der Nachweis zu erbringen — versucht wird, daß der Arbeiter sammt seiner Familie sich heutzutage um wenige Pfennige ganz gut ernähren könne. Alle diese Ansichten seien aber nicht maßgebend dafür, was zur Ernährung der Arbeiter notwendig ist. Wenn der Arbeiter kräftig bleiben und nicht dem Siedtium verfallen solle, müsse er gut und kräftig ernährt werden. Dazu reiche aber der hier den Maurern gezahlte Lohn bei Weitem nicht aus; der jeweilige betrage im

Durchschnitt jährlich 800 bis 900, wobei in Betracht zu ziehen ist, daß die Maurer höchstens 9 Monate im Jahr beschäftigt seien. Dem fargen Lohn entsprechend, seien auch die Wohnungen der Maurer in der Stadt beschaffen; gerade der Maurer, welcher die besten Leistungen habe, zu beobachten, wie die Wohnungen der Arbeiter beschaffen sind, möge entweder ganz oben, unter'm Dach, in den Hinterhäusern oder, wo es diese noch gebe, selbst in Kellerwohnungen. Während man aber Gehaltsbedingungen für Beamte in den Behörden, beim Staat oder in den Kommunen, die mit der jetzigen Steuerungs und namentlich auch mit der Steigerung der Viehpreise begründet würden, für ganz gerechtfertigt finde, würden die Unternehmer im Baugewerbe Peter und Paulio spielen, wenn man sagen würde: Für den Maurer, überhaupt für jeden Arbeiter im Baugewerbe, ist ein Einkommen von 1800 ein dringendes Bedürfnis! Und doch sei ein derartiges Einkommen durchaus nicht so hoch, wie es, wenn der Mensch anständig leben und hausen solle. Und wie die Erhöhung der Löhne, so sei auch eine Verlängerung der Arbeitszeit im Maurergewerbe zu erwirken. Der Arbeitstagsentwurf sei hier das erste, was zu erwirken sei, wenn sich dies auch nicht gerade von heute auf morgen verwirklichen lasse. Die Verlängerung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse sei nur möglich durch Organisation, durch festes Zusammenhängen aller Gewerbetreibenden im Verband; dadurch allein hätten die norddeutschen Maurer in den letzten fünfzehn Jahren so bedeutende Fortschritte gemacht. Nebenher führte dann noch aus, er sei mit der Haltung der Stuttgarter Maurer unzufrieden und nach dem Streik sehr enttäuscht; sie sollten so wie früher auch ferner zusammenhalten und ihre Organisation immer mehr ausbauen, dann werde es auch ihnen im nächsten Jahre nicht an Erfolg fehlen, und das bürgerliche Unternehmertum, das nicht geglaubt habe, daß die Stuttgarter Maurer auch nach dem Streik so fest beisammen blieben, werde wohl oder übel mit ihrer Organisation rechnen müssen. — In der sich an das treffliche, von den 500 Antretenden mit lebhaftem Beifall ausgenommene Referat Wismar's anschließenden Diskussion stimmten sämtliche Redner den Ausführungen des Referenten zu. Die von einigen Rednern gegen die Streikzeitung resp. den Gewerkschaften erhobenen Einwände, dahingehend, daß man durch eine weitere Fortsetzung des Streiks vielleicht auch für den Augenblick Erfolge erzielt hätte, wurden von diesem wie auch vom Referenten zurückgewiesen und auch erwidert, althergebrachte, wie die in letzter Zeit verbreiteten, nicht weiter zu folgerziehen, sondern ihnen im Interesse der Organisation entgegenzutreten. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 12. September im Gewerkschaftshaus tagende, sehr gut besuchte Maurerverammlung stimmt den Ausführungen des Referenten voll und ganz zu. Die Versammelten beschließen, dahin wirken zu wollen, daß dem Verband sämtliche hier arbeitenden Maurer, zugeführt werden, da nur durch eine dauernde und geschlossene Organisation dem Unternehmertum bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen abgerungen werden können.“

Der Zweigverein Lützen hielt am 12. September eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Zunächst hielt Kollege Schwarz aus Dautzig einen Vortrag über: Die Aufgaben der Gewerkschaften. Nach den Ausführungen des Redners bestanden die Hauptaufgaben der Gewerkschaften in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Dies sei dem Maurerverband in den elf Jahren seines Bestehens gelungen. Wenn die Lebenshaltung der Arbeiter noch auf einem sehr niedrigen Niveau stehe, so sei dieses dem Streben der Gewerkschaft und ihres Ansehens geschuldet. Redner verwies hierbei auf die in letzter Zeit ganz besonders in die Höhe geschnittenen Mietpreise, welche auf die Verringerung der Grenzen zurückzuführen sei. Allein die Löhne würden noch niedriger sein und die Lebenshaltung der Arbeiter eine noch schlechtere, wenn Gewerkschaftsorganisationen nicht vorhanden wären. Nachdem Redner den Anwesenden an der Hand statistischen Materials vor Augen geführt, wie die Löhne in den einzelnen Gauen Deutschlands stiegen und die Arbeitszeit vergrößert ist, wies er darauf hin, daß hiervon nicht nur die organisierten Arbeiter profitierten, sondern auch die unorganisierten. Durch den enormen Druck von Arbeitskräften nach den Orten mit höheren Löhnen und kürzerer Arbeitszeit wurde der Arbeitsmarkt in den Gegenden mit niedrigeren Löhnen und Arbeitsbedingungen entleert, was zur Folge hatte, daß die Unternehmer, wollten sie sich gute Arbeitskräfte beschaffen, ebenfalls höhere Löhne zahlen mußten. Des habe sich besonders im Osten Deutschlands bemerkbar gemacht, da hier der Verband nur schwach vertreten war. Um aber die Kollegen im Westen Deutschlands nicht allein den Kampf ausfechten zu lassen und denselben für die Erringung einer besseren Lebenshaltung intensiver führen zu können, sei die Solidarbeit aller Maurer, ja schließlich aller Arbeiter, erforderlich. Aus diesem Grunde müßte auch der letzte Maurer in den Lipprobingen dem Verbande zugeführt werden. Es genüge aber nicht, nur gewerkschaftlich organisiert zu sein, sondern die Arbeiter müßten ebenso wie die Agrarier und andere „Stützen der Gesellschaft“ versuchen, auf die Gesetzgebung Einfluß zu gewinnen, damit sie die verschiedenen Gesetze, wie das Koalitionsrecht, das Streikrecht, Unfall-, Invaliditäts-, und Altersversicherungsgesetz zu ausbilden, wie es ihr Interesse erheischt. Ferner müßten die Arbeiter dafür eintreten, daß ihnen nicht durch die Lebensmittelpreise mit einem Schlage das genommen werde, was sie sich durch Jahre langem mühsamen Ringen erkämpft haben. Alle sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten, bei denen das Interesse der Arbeiter in Frage komme, müßten in der Gewerkschaften erörtert werden. Wenn der Zweigverein Lützen in diesem Sinne arbeite, werde er bald ein kräftiges Glied in der Kette sein, die die Maurer zum Sieg ihrer eigenen Interessen zusammenführt. Beim zweiten Punkt: „Statistische Erhebungen“, wurde bekannt gegeben, daß am Orte sechs Unternehmern in Betracht kommen, welche 116 Gefellen und 85 Befehle beschäftigen; von den Gefellen sind 102 organisiert. Die Arbeitszeit beträgt im Sommer noch 12 Stunden, der Lohn 80 bis 83 A pro Stunde. Die Bauzeitigkeit war im vorigen und in diesem Jahre eine ziemlich gute. In der ziemlich lebhaften Debatte, die hierauf folgte, wurde von allen Kollegen betont, daß die zwölfstündige Arbeitszeit unter allen Umständen beibehalten werden müsse. Da die Kollegen gut organisiert sind, die Bauperiode im nächsten Jahre ebenfalls noch eine gute zu werden verspricht, wird es nicht schwer fallen, entsprechende Aufträge zu schaffen. Unter „Verschiedenes“

wurden mehrere Klagen über die Zustände in der Kranken- und Verpflegung, nachdem Beschlüsse gemacht, wie dieselben abgeändert werden können, wurde mit einem kräftigen Hoch auf das Gedeihen des Verbandes die Versammlung geschlossen.

## Vom Bau.

### Anfälle, Arbeiterhau, Submissionen etc.

Charlottenburg. Auf dem Bau des Maurermeisters Schurig, an der Ecke der Liebenburger- und Bleibtreustraße, ereignete sich ein Baufall, der leider den Tod des Verlegten zur Folge hatte. Der Maurer Thobias Stiller, wohnhaft in Berlin, war auf dem Treppenhause des Hauses damit beschäftigt, die Widerlager für die Bohlenstufen der Wendeltreppe auszusuchen. St. hatte sich hierzu auf der obersten Stufe des Treppenhause eine Leiter aufgestellt und auf die Leiter und die Stufe des nächsten Baues ein Brett gelegt. Aus unbekannter Ursache, wohlgeheißel aber wohl infolge eines Festhaltens der Schwindelanfalle, stürzte Stiller von der ungefähr zwei Meter hohen Kälte auf und fiel mit dem Kopf auf die eisernen Stufen der Treppe, wo ihn später einige Arbeiter des Hauses mit gepulvertem Schmelz ausfinden. Der schnell herbeigekommene Arzt ordnete die sofortige Ueberführung des Schwerverletzten nach dem Charlottenburger Krankenhaus an. Hier ist St. an seinen schweren Verletzungen erlegen. Der Verunglückte war verheiratet und befand sich im Alter von 59 Jahren.

Darmstadt. Am Samstag, den 10. d. M., Vormittags 8½ Uhr, war an dem Schulhausneubau in der Blumenstraße, Untermeier Schärer, eine Anzahl junger Burschen im Alter von 15—18 Jahren mit dem Auslösen von Gerüstbänken beschäftigt. Hierbei schlug eine Gerüstbänke den 18jährigen Maurer Philipp Annap aus Griesheim derart an Kopf, Arm und Unterleib, daß er sofort tot zusammenbrach.

Düsseldorf. Von der Spitze des Gerüsts am Streichhausbau stürzte ein Arbeiter herunter und stieß im Rücken zwei andere mit sich. Der Erstere war sofort tot, von den Letzteren ist der Eine leicht, der Andere schwer verletzt.

Mainz, 10. September. Im Laufe der letzten Woche ereigneten sich zwei Baufälle. An dem Neubau des Krematoriums, ausgeführt von Gebrüder Hertel, fiel dem Maurer Franz Degen aus Breidenheim ein schwerer Fauststein auf's Bein, wodurch er eine erhebliche Verletzung erlitt. An dem Neubau des Untermeier'schen Geschäftes in der Wallstraße ereignete sich ein ähnlicher Unfall. Der Maurer Jakob Müller war mit noch einem Maurer beschäftigt, das Schutgerüst wieder herzustellen. Richtig liefte sich eines der Krangeln und Müller fiel zur Erde. Außer einigen Kopfverletzungen hatte er sich auch Stauchungen im Rücken zugezogen. Er wurde sofort per Wagen in seine Wohnung nach Rintgen verbracht.

Blaunau. Am Rosenbaum, Untermeier's Subau aus Ankerburg, stürzte in voriger Woche ein Maurerkehl aus der zweiten Etage herunter. Da trotz der polizeilichen Vorsicht die Balkenlagen nicht abgedeckt waren, stürzte der Lehrling zuerst auf die eisernen Balken der ersten Etage, dann auf die Balken des Kellergerüsts und schließlich in den Keller, wo er schwer verletzt herabgefallen werden mußte. Während die Balken bedeckt gewesen sein, könnte der Verunglückte vielleicht mit einer leichten Verletzung davon gekommen sein. Nach dem Unfall wurden die Balken auf die Unglücksfälle bedeckt, wahrscheinlich, um die Unterlassungsstrafen und die Verantwortlichkeit der Bauleitung zu verkleinern. Wo bleibt hier die Polizei, welche so viel Zeit und Kraft aufzuwenden hat, um die Leben arbeitsschaffigen Maurer der Verführung der Streikenden zu schenken?

Moderner Gerüstbau. Aus Koblenz wird uns geschrieben: Das Gerüst an dem Neubau der evangelischen Kirche wird in einer Art und Weise hergestellt, die jedem Fachmann ein Kopfschütteln verursacht; es hat den Anschein, als ob es an Gerüstholz mangelte oder an Arbeit gespart werden sollte. Im Allgemeinen ist es in Koblenz nicht gebräuchlich, die Streichstangen durch Klammern zu unterstützen, es wird als genügend erachtet, die Stangen mit Striden oder Ketten an den Standauben zu befestigen. Um schwache Streichstangen tragfähiger zu machen, werden sie jedoch hin und wieder auch verzinkt und mit Stößen versehen. An dem Gerüst des Kirchenbaues wird dieses nun in der Weise ausgeführt, daß man zum Unterziehen der Streichstangen Gerüstbretter nimmt von circa zwei Meter Länge und höchstens sieben Zentimeter Stärke. Daß ein solches Gerüst, auf dem mit gemauerten Mauern gearbeitet wird, nicht tragfähig ist, leuchtet ohne Weiteres ein. Da es an Gerüstholz mangelte, werden sogar Wieräcker mit zum Gerüstbau verwendet. Die Standauben, welche direkt vor das Mauerwerk gestellt werden, da in der Mauer Hebelöcher nicht gelassen werden, sind vielfach zu dünn und drohen einzuknicken. Die Absicherung des äußeren Ständergerüsts mit dem Inneren durch Fenster- oder Durchöffnungen fehlt fast gänzlich und die unteren Streichstangen sind von dem äußeren Ständergerüst teilweise bis zu einer Höhe von 16 Meter abgenommen worden, so daß zwischen den einzelnen Standauben jede Verbindung fehlt; nur ganz oben sind sie hin und wieder durch ein oder zwei Streichstangen verbunden. Auf dieses an und für sich schon ganz unzulängliche Gerüst bauen die Zimmerleute nun ein noch alles Regeln. Der Punkt gesammtes Gerüst, wodurch die unteren fast garnicht oder doch nicht genügend verstärkten Standauben so stark belastet werden, daß sie zusammenbrechen müssen, sobald das Gerüst nur etwas stark belastet ist. Wenn an diesem Bau nicht durch einen Gerüstbruch ein größeres Unglück passiert, dann können die Herren Baumeister wirklich von Glück sagen. Dem vorchristlichen Gerüstbau ist aber die Verfüllung eines unermesslichen Baumgutes nicht zu danken. Auch die Bauausführung an sich läßt Vieles zu wünschen übrig. Die Maurerarbeiten werden in Eile ausgeführt und zwar durch die noch vom verfallenen Streik her in Erinnerung stehende Affordollone Delen aus Heßen-Blaunau. Uebernehmer des Baues ist die Firma Krefel.

Bauarbeiterhau in Stuttgart. Man schreibt uns: Nach einer längeren Pause hat die Bauarbeiterhau-Kommission es für angebracht gehalten, die einzelnen Bauten in Bezug auf die Einhaltung der ministeriellen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften einer Kontrolle zu unterwerfen. Das Resultat derselben läßt sich kurz aus-

ammenfassen in den Worten: Die meisten Bauunternehmer pflegen auf alle Vorschriften. Es zeigt sich eben immer deutlicher, daß alle Maßnahmen, mögen sie auch noch so gut gemeint sein, an der nackten Profitgier der Bauunternehmer abprallen, wenn nicht von Staatswegen die Einhaltung der erlassenen Vorschriften erzwingen wird. Die Berufsgenossenschaft hat ja allerdings zwei Kontrolleure angestellt, aber leider nicht für Stuttgart, sondern für ganz Württemberg. Daß da von einer wiederholten Kontrolle sämtlicher Bauten nicht die Rede sein kann, leuchtet ein und wird denn auch von vielen Unternehmern weidlich ausgenutzt. So wird zum Beispiel seit Erlass der neuen Vorschriften von den Kontrolleuren verlangt, daß Schuttbänken und Brustwehren angebracht werden. Geht es aber auf sehr vielen Bauten in der Weise, daß wohl an großen Flächen die genannten Schutzvorrichtungen angebracht werden, dagegen an den Gerüstenden, namentlich bei Spitzgerüsten, nicht. Oder es wird das Horn an der Stange vorchriftsmäßig gemacht, an der Hinterfront dagegen nicht. Wenn die Vorschriften in dieser Weise angewendet werden, möchten wir beinahe behaupten, daß sie nicht von Nutzen, sondern von Nachteil ist, weil der Arbeiter mit dem Vorhandensein dieser Schutzvorrichtungen rechnen. Deshalb ist eine nur teilweise Ausführung dieser Vorschriften gefährlich, und es muß darauf hingewirkt werden, daß diese Bestimmungen ganz exakt durchgeführt werden. Ein weiterer auffallender Mangel ist die zu große Entfernung der Gerüstbänken voneinander. In diesem Punkte ist allerdings nicht der Profit als treibende Kraft anzusehen, sondern lediglich das Bestreben an alten, schlechten Gerüstbänken. Es muß ja bei großer Entfernung der Bänke voneinander gebolt werden, was nicht nur viel Arbeitszeit, sondern auch viel Gerüstmaterial erfordert. Die Folgen, mit Klammern befestigt, bilden aber eine befähigte Gefahr für die unten beschäftigten Arbeiter, namentlich dann, wenn, wie dies häufig der Fall, bei ungenügender Länge der Bänke durch Unterlegen von Bordsteinen und dergleichen nachgeholfen wird. Die trauglichen Gerüste, wenn man sie überhaupt so nennen will, sind aber in der Höhe des Dachgerüsts zu finden. So weit die Maurer speziel ein Gerüst benötigen, geht es noch an. Dann aber, wenn keine großen Kosten mehr in Frage kommen, geht es kein Gerüst mehr. Bei der Anbringung von Hängebänken, Dachbänken, Ecken, Tülmchen und dergleichen ist niemand mehr da, der ein festes, ordentliches Gerüst erstellen will. Daher kommt es dann, daß jeder Handwerker, der dort oben etwas zu schaffen hat, genötigt ist, sich sein „Gerüst“ selbst herzustellen. Der Zimmermann klammert ein paar Bretter, besetzt, der Plafondier stellt sich auf Spelsteinen oder Bordsteinen, der Maler hält sich mit einer Gabel fest und arbeitet mit der anderen, und so fort. In diesem Punkte muß unbedingt Remedur geschaffen werden, und zwar am besten dadurch, daß der die Maurerarbeit ausführende Unternehmer verpflichtet wird, überall, wo es nötig ist, feste Gerüste anzubringen, die so lange vorhanden bleiben, bis alle Handwerker mit ihren Arbeiten fertig sind.

Noch trauriger aber steht es bezüglich der Einhaltung des Ministerialerlasses an. Als im Frühjahr d. J. der Abgeordnete Hildebrand im Landtag darauf aufmerksam machte, daß sogar am Stuttgarter Rathausneubau die Ministerialverordnung ignoriert wurde, sprach Herr v. Pfäffel sein Bedauern darüber aus, ließ aber andererseits die kurze Zeit seit Erlass der Verordnung als Milderungsgrund gelten. Dieser Grund dürfte jetzt doch wohl nicht mehr in Betracht kommen, aber wenn der Minister sich heute einen wahrheitsgetreuen Bericht erstatten lassen würde, dürfte er herausfinden, daß von annähernd 100 vorhandenen Bauten nicht auf 10 Flächen die von ihm erlassenen Vorschriften eingehalten werden. Nicht einmal auf Staatsbauten, weder bei den Beamtenwohnungen auf der Prag, noch am Finanzministerium. An letzterem sind einige Hundert Arbeiter beschäftigt; trotzdem fällt es dem Herrn Verleger garnicht ein, eine vorchriftsmäßige Baugrube zu erstellen. Nur eine kleine Kanine zum Gelddienen ist vorhanden. Die Arbeiter sind deshalb gezwungen, in den Bauten das Kirchhaus aufzufüllen oder auf Stein- und Sandhaufen zu klabern. (Nebenbei bemerkt ist die Vergebung von Staatsarbeiten an einen Unternehmer wie Verleger der reinste Schwindel bei den Debeten und die Verschleiß des Landtages über das Submissionswesen.) Die Stadt Stuttgart hat am Rathaus Baugrube bekommen; an der Hofheim Schule hat Paul Gauer als Vorsitzender der Berufsgenossenschaft sich verpflichtet gefühlt, eine Baugrube zu erstellen. Dann hört's aber schon wieder auf. Verleger am Rathausneubau (derselbe wie oben) hat offenbar die Verordnung falsch gelesen, statt: Baugrube „Kantine“. Herr Rang, als Erbauer der Arbeiterwohnungen, aber hat garnichts gemacht, was als Baugrube im Sinne der Verordnung angesehen werden könnte. Und die Privatbauten? Nein, ganze neun Baugruben hat die Kommission an ungefähr hundert Bauten gefunden. Warum die Polizei die Ueberleitung dieser Verordnung nicht findet und bestraft, wissen wir nicht. Sie hat doch beim Mauerstreik auch alle gefunden, die einen der Herren Streikbrecher auch nur trumm anfaßen.

Wir wissen nicht recht, ob wir es hiermit wagen dürfen, das Ministerium um energische Schritte zu eruchen, oder ob wir uns damit einer Verlesung gegen den heiligen Instanzentzug schuldig machen und darauf hingewiesen werden, den Zettel bei seiner Großmutter zu verlagern.

Sei dem, wie ihm wolle, es steht fest und kann von niemand bestritten werden, daß die Ministerialverordnung von den Stuttgarter Bauunternehmern in ihrer Mehrheit mit Füßen getreten wird, und nach unserer Auffassung muß Herr v. Pfäffel wohl oder übel doch wohl schließlich etwas thun, wenn nicht der Verdacht bei den Bauarbeitern Wurzeln fassen soll, daß die Verordnung nur zu dem Zweck erlassen wurde, den Landtag zu veranlassen, ja keinen wirklichen Bauarbeiterhau zu beschließen.

Submissionsaufzug. Zu dem Neubau des Streichgebäudes in D a m b e r g, wurde am Samstag die Submission auf die Erd-, Steinbau- und Maurerarbeiten eröffnet. Es befreilich sich hervorragende Baufirmen aus Nürnberg, Würzburg, Gerau und Bamberg an dieser Submission. Das Höchstgebot machte die Hamburger Firma Andreas & Berth mit 326 971, während die Baufirma Daniel Fuchs in Bamberg ein um 103 500 niedrigeres Gebot in-

Anschlag brachte. Diese gerathen unechte Preisunterbietung hat selbst in Frankfurt große Ueberfalschung hervorgerufen und allenfalls den Preis des Kupfers erregt.

Für die Ausführung der Dächer, Mauern, Eisenbänke und Hospitalarbeiten zum Erweiterungsbau einer Bürgerkassette in Kassel waren folgende Offerten abgegeben: Tiesken M. 80 586,75, Edwidmann & Sohn M. 39 529,40, Zulehner & Co. M. 39 293,80, Gumbach M. 35 634,55, Renneri & Ripp M. 36 008,90, Steiger M. 37 051,90, Arnolds M. 37 428,40, Wurbs M. 38 068, Pfeilhammer M. 37 875,07, Lind M. 37 718,93, Fricke M. 37 636,70, Jörn M. 39 042, Wagner & Kaiser M. 39 092,75, Schütz M. 40 467,18, Brend M. 41 624,50.

Für die Zehlperrze, die zur Vertheuerung der Stadt Mithra in Dietzberg erbaut wird, hat die Firma Bindschütz mit Angeloff in Casselbach bei Dresden im Submissionsverfahren die Arbeiten einschließend der Vorarbeiten, Begebauungen u. s. w. für M. 741 563 übertragen erhalten. Die Angebote betragen sich zwischen M. 880 000 und M. 699 000.

**Geschäftsbericht der Thüringischen Baugewerk-  
Verufsgenossenschaft pro 1901.**

Sehr dürftig ist der Bericht auch diesmal wieder ausgefallen. Zahlen und Tabellen, das ist Alles! Dem Unternehmertum genügt aber ein solcher „Bericht“, deshalb ist keine Kritik von dieser Seite zu erwarten.

Der Eig der Berufsge nossenschaft ist vor wie nach Erfurt, Es ist in vier Faktionen eingetheilt

Am Schlusse des Geschäftsjahres zählte sie 5520 versicherte Betriebe, welche 37402 Arbeiter beschäftigten, und zwar:

| Sektion                 | Salz<br>der Seichte | Salz<br>der Wälder im<br>Tiefenland | Kochgewinnene<br>Erlöse derselben<br>A |
|-------------------------|---------------------|-------------------------------------|----------------------------------------|
| Sektion I Bismarck . .  | 1171                | 8126                                | 5600020                                |
| • II Altmann . . . . .  | 901                 | 6117                                | 4246650                                |
| • III Götze . . . . .   | 1658                | 11619                               | 7170890                                |
| • IV Eickhoff . . . . . | 1590                | 11540                               | 7763250                                |
| Zusammen . . . . .      | 5520                | 37402                               | 24770790                               |

|            |      |       |          |
|------------|------|-------|----------|
| Wegen 1900 | 5387 | 38790 | 25695130 |
|------------|------|-------|----------|

Die Zahl der versicherten Betriebe hat also um 153 zugenommen, während die Zahl der beschäftigten Arbeiter um 1388 abgenommen hat. Die Löhne sind dementsprechend um **4.924.340**, also um fast eine Million Mark zurückgegangen!

Die Geschädigten hat also auch im „Thüringer Ländle“ ihre erschreckende Wirkung ausgeübt. Der Geschädigtenbericht hat natürlich dafür seine Worte, sondern begnügt sich, diese nackten Zahlen in nicht einmal übersichtlicher Form vorzutragen!

Der Genossenschaftsvorstand aufste 3122 Umsatzebeiträge durch die Behörden einzuziehen lassen! So gerne bezahlen also die braven Unternehmer ihre Beiträge aus „eigener Taſche“. Da wäre doch das große Geſchick über die Mitarbeit der deutschen Unternehmerrats an dem Ausbau der Sozialreform auf der Pariser Weltausstellung wahrlich garnicht nöthig gewesen. Doch dem fleißigen Unternehmer gebührt die goldene Medaille für den ſiehk und die Tüchtigkeit ſeiner Arbeiter und auch das Loſe für ſeine „Odermittelſtück“ !!

Im Raub der Straßengänge mußten auch 993 Unternehmer in Straßennamenlisten, die 59 wegen nicht rechtzeitiger Unterrichterwidmung, 18 wegen nicht rechtzeitiger oder unterlassener Unfallmeldung, 17 wegen unterlassener Einleitung der Lohnnachzahlungen, 23 wegen unrichtiger Angabe der Löhne und 48 wegen unterlassener Führung von Lohnbüchern, -Büchern mitteilten. Über die Höhe der verhängten Ordnungsstrafen wird nicht berichtet, sie wird nicht besonders hart ausgefallen sein. Unternehmer - oasen Unternehmer!

Die Zahl der gemeldeten Unfälle betrug im Jahre 1901 1232. Davon entfielen auf:

|                | Nafälle | Tot<br>1000 Erbktrr | Entschl-<br>storten | Tot je<br>1000 Erbktrr |
|----------------|---------|---------------------|---------------------|------------------------|
| Seltich I..... | 818     | 86,5                | 73                  | 8,4                    |
| II.....        | 196     | 80,1                | 42                  | 6,5                    |
| III.....       | 323     | 26,4                | 90                  | 7,4                    |
| IV.....        | 385     | 32,2                | 109                 | 8,0                    |
| Zusammen       | 1232    | 31,0                | 314                 | 8,0                    |
| Gesam. 1900    | 1210    | 29,5                | 270                 | 6,8                    |

Die Zahl der gemeldeten Unfälle ist also trotz der  
wunderter Arbeiterzahl um 22 gegen das Vorjahr  
gestiegen. Auf 1000 Beschäftigte Arbeiter entfielen im Durch-  
schnitt 81,0 Unfälle. Entschädigt wurden aber nur 814 Unfälle,  
so daß 918 Unfälle, gleich circa 75 pSt. der Unfälle  
arnisch entschädigt wurden!

117 Maurer, 80 Zimmerer, 13 Maler und  
Tüncher, 10 Dachdecker, 43 Arbeiter an Eisenbahnen u.

Zuletzt, 20 zumachen, 40 arbeiter in arbeitslosen z.  
Nach Gegenständen und Vorfällen: 1. zu  
welchen sich diese Unfälle ereignet haben - sollen: 48 Un-  
fälle an Motoren, Arbeitsmaschinen z., 4 durch Spreng-  
stoffe, 61 durch Zusammenbruch, Einsturz  
119 durch Fall von Leitern, Treppen z., 27 durch  
Auf- und Abfallen, 14 durch Stürzte, 16 durch Handwertszeuge  
Die Folgen der Arbeitsunfälle waren:

- |                                           |    |           |
|-------------------------------------------|----|-----------|
| 1. Tod                                    | in | 21 Fällen |
| 2. Bösige und dauernde Erwerbsunfähigkeit | "  | "         |
| 3. Theilweise Erwerbsunfähigkeit          | "  | 166 "     |
| 4. Vorübergehende Erwerbsunfähigkeit      | "  | 127 "     |

Die Getödteten hinterließen 18 Wittwen und 31 Kinder.  
Nach Alter und Geschlecht unterschieden sich die Verletzten:

302 Erwachsene männlichen Geschlechts  
1 weiblichen  
11 Jugendliche männlichen  
Von Seiten der Verletzten oder den Hinter  
bliebenen wurden im Berichtsjahre 124 Verurtheilungen  
zu den Schiedsgerichten eingeleitet. Davon wurden erledigt:

|                       |    |
|-----------------------|----|
| Durch Abweisung ..... | 78 |
| obstehendes Urtheil.. | 23 |
| Vergleiche .....      | 14 |
| Zurücknahme .....     | 8  |

Dasselbe Glück hatte auch die Berufsgenossenschaft mit den Rekursen der Verletzten. Von 25 Rekursen siegten nur 6, während 19 Rekurse abgewiesen wurden. Die Berufsgenossenschaft selbst hatte 5 Rekurse erhoben und siegte auch noch, in 3 Fällen!!!

Die Ausgaben der Berufsammenshaft betrugen für:  
 Kosten des Selbstverbrauchs M. 5690,98, Renten  
 an Erlöste M. 205.580,79, Beerdigungskosten  
 M. 1388, Renten an Wittwen Geldbeiter M. 29707,52,  
 Gründung an Wittwen bei Selbstverbeir-  
 athigung M. 1169,46, Renten an Kinder Geldbeiter  
 M. 33461,83, Mindernden M. 331,98, Krankenkaus-  
 ten M. 10.590,15, Abfindungen an Inländer  
 M. 583,94, Abfindungen an Ausländer M. 392,40!!  
 Für die Fälligkeit der Beerdigten innerhalb der ersten  
 13 Wochen des Aufstades wurden ganze M. 145,02 aus-  
 gegeben.

gegeben, also die Krankenfälle der Bevölkerung entfallend!  
Die Ueberwachung der Betriebe löstete im  
Verlaufsahre 1911/12. Mit dieser „Reinigung“ wird jeden-  
falls die Ueberwachung auszuführen sein. Der Bericht der  
Schweig und das Schulz verleiht, und das ist gut! Für  
den 1. April 1912. Die Ueberwachung der Betriebe  
wurden 14.900.71 ausgegeben. Was soll man mehr  
im Thüringerland können die Unternehmer ihren Pflichten  
eben toll und ganz nach, deshalb die „unbilligen Ausgaben“  
rühlig gekostet werden können, zum der Rechenfonds der  
Berufsgenossenschaft „nur“ 745.888,82 betragt. — G. G.

### Aus Unternehmerkreisen.

## Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

• **Wer ist Bauherr?** Das Reichsverwaltungsamt hat sich kürzlich dahin ausgesprochen, daß der Vau stellende „Bauherr“ im Sinne des § 29 des Baunfallversicherungs Gesetzes sei. In einem neuerlichen Beschlusse hat das Reichsverwaltungsamt entschieden, daß auch der Vaugelbgeber, der mit vermögensloser Vauunternehmer Vaukapitalisationsgeschäfte mache, als „Bauherr“ gelte. Ein vermögensloser Vauunternehmer in einer größeren Provinzialstadt erhielt von einem Geschäftsmann zum Ankauf einer Vaustelle und zur Ausführung des Baues ein größeres Darlehen gegen Bestellung einer Hypothek an der Vaustelle, mußte sich aber in dem Vertrage Bedingungen unterwerfen, durch die dem Darlehensgeber eine Reihe von Vermögensvorteilen genähert wurden, abgesehen davon, daß alle Verfügungen über den Bau gleichfalls von ihm abhängig gemacht wurden. Der Vauunternehmer empfing wöchentlich 40 aus den Vaugeldern zur Streikung seines Lebens unterhalts. Das Grundstück wurde nach Vollendung des Baues zur Zwangsversteigerung gebracht. Das Reichsverwaltungsamt hat nun entschieden, daß der Darlehensgeber als Bauherr zu gelten habe und die Prämien für die Vauarbeiten, die der Vauunternehmer schuldig geblieben war zu zahlen habe. In der Begründung wird ausgeführt: Der Vaupekuniat war hier nicht der Vaustellende, sondern es in den Großstädten sonst der Fall ist, sondern der Vaugelbgeber. Zwar ist ein Vaugelderdarlehen an sich ein gewöhnliches kaufmännisches Kreditgeschäft; aber die wirtschaftliche Stellung des Vaugelbgebers zu dem Unternehmer wird eine andere, wenn er die Vaugelder in der Absicht giebt sich den Gewinn aus der Bebauung des Grundstücks abzudecken einen erheblichen Teil dieses Gewinnes zu verschaffen. In solchem Falle treibt der Vaugelbgeber Vaukapitalisation und wird dadurch zum „Bauherrn“ im Sinne des § 29 des Baunfallversicherungs Gesetzes.

## Polizei und Gerichte

\* **Nachflänge vom Streik in Bosen.** Nicht wenige als zehn Maurer, die zur Zeit des Ausstandes Streikposten gestanden, hatten sich am 11. d. M. vor dem Schöffengericht in Bosen wegen Zuwiderhandlungen gegen eine Polizeiverfügung zu verantworten. Als Hauptbelastungszeuge tritt der Polizeikommissar Krause auf.

Der Mauerer Friedrich Wotte soll einer Polizeiverordnung zufolge am 28. Juli d. Z. mit seinem Fahrrad auf dem Trottoir gefahren, resp. dasselbe auf dem Fußgängerweg geführt haben. Zeuge Polizeikommissarius Strauß ist sehr gut unterrichtet. Auf einem Bau in der Gartenstraße, sei trotz des Streiks gearbeitet worden. Er habe den Auftrag gehabt, darauf zu achten, doch es zwischen den Streikenden und den Arbeitswilligen zu keinem Zusammenstoß komme, denn es sei von den Streikenden ein Angriff geplant gewesen. (1) Als er auf der Straße stand, sah er den Angefallenen auf dem Rad ankommen. Er, Zeuge, wollte den G. anhalten, weil er auf dem Trottoir gefahren sei, wäre aber nicht dazu gekommen, da ihn der Angefallene inzwischen bemerkt, ab-

gesprungen und sein Rad über das Feld hinweg auf den Hauptplatz geführt habe. Die übrigen Zeugen geben an, daß sie, als sie mit dem Angeklagten auf dem Bau gestanden, von dem hinzukommenden Krause aufgefordert worden wären, sich vom Bau zu entfernen.

Das Witte mit dem Fahrrad auf dem Trottoir gefahren sei, hat Niemand gesehen. Das Urtheil lautet dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf drei Mark Geldstrafe oder einen Tag Haft und Tragung der Kosten.

Weiter ist angefragt der Maurer Grasmann am 27. Juli, „wiedersoll er bei der Straße umhergehen und den polizeilichen Anordnungen keine Folge geleistet zu haben“. Der Angeklagte bestritt dies; er sei vielmehr an dem betreffenden Tage spazieren gegangen und habe dabei ganz zufällig einige fremde Maurer getroffen, denen er zugerufen habe, daß der Streik noch nicht beendet sei. Der Schuhmann Wienshüter befindet, daß er zwei Arbeitswillige vom Bauhof abgeholt habe, mit denen er nach einem Bau gegangen sei, vor dem Grasmann stand. Dieser habe sich an die Fremden herangedrängt und seine, des Schuhmanns, Aufforderung, sich zu entfernen, nicht befolgt. Bei der Mißbilligung führt der Postknecht an, daß Wienshüter den Auftrag gehabt habe, die Arbeitswilligen abzuholen und auf den Bau zu führen. Wenn der Angeklagte den Fremden zugerufen, daß die hiesigen Maurer sich im Streik befänden, so habe er sich schon damit eines strafbaren Handelns schuldig gemacht. (Anwal. Adv. d. „Ordnst.“) Da er auch die Aufforderung des Schuhmannes nicht befolgt habe, sei er zu verurtheilen. Der Angeklagte wird zu sechs W. verurtheilt. Der Angeklagte

Die nächste Anklage richtet sich gegen den Maurer Hermann Werner, der sich am 24. Juli, Nachts 1 Uhr, auf dem Bahnübergang zwecks aufgestellten und den wiederholten Aufforderungen des Kommissarius Krause, sich zu entfernen, keine Folge geleistet haben soll. Der Angeklagte giebt an, daß, als er am Bahnübergang ruhig gehend, von Krause, der ihn zugruben, an dem Hochdragen gepackt und angefaßt worden sei. Als sich der Angeklagte dies verbeten, habe ihn K. auch losgelassen, ihm im Begleiten aber zugrufen, es werde nicht lange dauern, dann fasse er ihn doch. Krause giebt dies zu, es wären jedoch zur Zeit des Streits Belästigungen aus dem Nichtmauern vorgekommen, so daß er streng darauf zu sehen hatte, daß keine Verletzung und sonstige Störung vorkomme. Nachdem er den Angeklagten und mehrere mit ihm zusammengehende Maurer wiederholt aufgefordert habe, auseinanderzugehen, sei er fortgegangen, nachher aber wiedergekommen, um zu kontrolliren, und zwar habe er an seinem Plabe, das er dazu benutzte, die Laterne ausgemacht, um davon den Streikposten nicht gesehen zu werden. Er habe den Angeklagten auch wieder angetroffen und seinen Namen festgestellt. Nachdane auf die Kirche als Vertheidiger des Angeklagten weist auf die Entscheidung des Reichsgerichts hin, daß das Streikpostenstehen als erlaubt erklärt habe. Dem Arbeiter stehe die Telefon, sein Complot zur Verfügung und auch nicht die Polizei, die, wie sich ergeben habe, die ankommenden Arbeitswilligen dem Unternehmen zugeführt habe. Das Koalitionsrecht und nicht ihm das Streikpostenstehen sei das einzige Recht der Arbeiter, das man ihnen, wie aus dem heute vorliegenden Sachverhalte hervorgehe, ganz wichtiger Anlässe wegen zu verklümmern suche.

Wenn aber das Streikpostenstehen erlaubt sei, dann könne die auf die Aufrechterhaltung der Ordnung des Verkehrs bezügliche Verordnung schon garnicht angewendet werden, denn um 1 Uhr Nachts könne man unmöglich, selbst durch Stechen auf der Straße, den Verkehr stören. Für irgendwelchen Mittelern man aber versucht habe, den Arbeitern durch aus die Ausübung der ihnen zustehenden Rechte unmöglich zu machen, zeugt das Vorgehen des Brause, der sich nicht scheut, selbst eine Polizeiverordnung zu verletzen, indem er ohne Erlaube fuhr, nur um die Streikposten abzulösen. Er bitte um Freisprechung; denn wenn man die Arbeiter für das Streikpostenstehen sehr bestrafe, dann wäre das nur geeignet, sie zu verwirren und nicht dazu anzuhalten, daß andere Streiks in derselben Angelegenheit und Ordnung, deren sich die Arbeiter in Ausübung ihrer gesetzlichen Rechte befleißigen, verlaufen.

Da der Amtsanwalt zur Begründung seines auf **A** lautenden Eintrages nichts auszuführen wußte, glaubte Herr Stauffe sich verpflichtet, sein und der Polizei Vorgehen entschuldigend zu mäßigen, indem er (man merke wohl — als Zeuge) darauf hinwies, daß nach den verkehrspolizeilichen Anordnungen die Polizei berechtigt gewesen sei, wie geschehen, zu handeln. Herr Rechtsanwalt **R** verfuhr nicht diesen Umstand in's rechte Licht zu setzen und die Hinsichtigkeit dieses Zeugenplädoyers darzubieten. Trotzdem erfolgte in dieser wie auch in den folgenden Sachen, die auf derselben irrthümlichen Auslegung der Polizeiverordnungen fußen, Verurtheilung und zwar zu **A** Geldstrafe oder 2 Tage Haft und Kosten tragend.

### Verschiedenes.

\* **Wer betriegt den Staat?** Die Antwort auf diese Frage giebt eine Korrespondenz der „*Ref. Sig.*“ aus Garmisch. Es heißt darin: Im Jahre 1901 sind nach dem Bericht der Hamburger Steuerdeputation hier 432 Fälle der Hinterziehung von Steuern vorgekommen, gegen 490 im Jahre zuvor. Die Schuldigen wurden zur Nachzahlung von *M* 832 160 Steuer und zu *M* 74 895 Strafe verurtheilt. Es ist bemerkenswerth, daß darunter an erster Stelle sowohl der Zahl wie der hinterzogenen Summe nach die Rentiers stehen: 58 mit *M* 117 197 zu wenig bezahlter Steuer, was über *M* 20000 für den Einzelnen ausmacht. An zweiter Stelle kommen Kaufleute; hier wurden in 28 Fällen *M* 55 940 hinterzogen, also ebenfalls ganz erhebliche Beträge, die im Durchschnitt einem zu wenig angegebenen Jahres Einkommen von *M* 30 000 bis *M* 40 000 entsprechen. Der Rest oder zu wenig erbobenen Steuern vertheilt sich auf Verufe mit geringeren Einkommen.

\* **Ein Militärpalast.** Wir lesen in der „Verl. Volksztg.“: Zu der Roth, die in weiten Kreisen des Volkes herrscht, steht in schneidendem Kontrast die Opulenz, mit der Kasernen, Kasinos und militärische Dienstgebäude hier zu Lande schmücken.

werden. In der Nähe des Berliner Zoologischen Gartens, in der Hardenbergstraße zu Charlottenburg, erhebt sich in einem sorgfältig gepflegten Park ein schloßähnliches Gebäude mit hochragenden Giebeln, mit Türmen und Erkern, Loggien, offenen und bedeckten Gassen, mit Sälen von circa 100 Quadratmetern Raum, ausgestattet mit allem Komfort der Neuzeit, Zentralheizung, elektrischer Beleuchtung in allen Räumen, Sälen und Nebenräumen. Hat ein amerikanischer Milliardär dieses Schloß für sich gebaut, um dort im Winter die Berliner Saison mitzumachen? Oder hat ein einheimischer Bank- und Industriemagnat sich hier als Mäcen einen Wohnsitz geschaffen, um alle diese Wohnräume, die das Viertel umgeben, zu beleben? Oder hat ein deutscher Fürst sich hier eine Residenz geschaffen, um bei seinen Besuchen in Berlin eine Wohnung, würdig seiner Namen, beziehen zu können? Wahrscheinlich ist alles das! Dieses Gebäude stellt lediglich die Dienstwohnung des kommandierenden Generals des 3. Armee-Korps dar. Kostenpunkt 4.330.000. Jahresmiete 150.000. Soldatendienstwohnungen bewilligt und baut die realistische, militärische Weisheit des deutschen Reichstages, die zugleich dem armen Mann Brot und Fleisch beibringt. In der Tat, wenn ein junger Mann Reichthum, abgesehen von dieser Wohnung bei einem Baue oder bei einer anderen Gelegenheit bezieht, in dem 88 Quadratmeter umfassenden Speiseraum kocht, so kann er wohl sagen: „Alle Welt mag über die schändlichen Ketten, über Wohnungsnot, über Fleischnot — ich merke nichts davon! Demagogisches Gerede!“

**Die Veränderung in den Lohnsätzen und der Arbeitszeit der englischen Arbeiter während des Jahres 1901.** Aus dem Bericht des englischen Arbeitsamtes macht die „Econ. Rev.“ folgende beachtenswerthen Angaben: Das Jahr 1901 wies zum ersten Male seit dem Jahre 1895 ein Sinken der Löhne auf. 1895 hatte eine aufsteigende Bewegung der Löhne eingesetzt, die 1900 ihren Höhepunkt erreichte; in diesem letzten Jahre wurden Löhne konstant, wie in keinem anderen Jahre vorher, für das statistische Angaben vorliegen. Bereits Ende 1900 zeigten sich aber Anzeichen des Umsturzes, der 1901 eintrat. Zwar wies auch das Jahr 1901 für 400.000 Arbeiter Lohnveränderungen im Betrage von etwa 41.000 wöchentlich auf, denen aber Lohnherabsetzungen im Betrage von 118.000 wöchentlich, von denen 493.000 Arbeiter betroffen wurden, gegenüberstehen. Zueinander gerechnet ergibt das einen wöchentlichen Lohnverlust von 77.000, während das Jahr 1900 eine wöchentliche Zunahme von 209.000 und das vorangegangene eine Zunahme von 91.000 aufgewiesen hatte. Berücksichtigt man die verschiedenen Zeiten während eines Jahres, zu welchen die einzelnen Lohnherabsetzungen eintreten, so ergibt sich für das ganze Jahr 1901 eine Abnahme von 1.534.000 gegen eine Zunahme von 6.000.000 im Jahre 1900. Auf den Kopf des betreffenden Arbeiters gleicht das eine wöchentliche Abnahme von 1 sh 8 d (1900 eine wöchentliche Zunahme von 3 sh 8 d). Die Abgänge kommen zum größten Theile auf das Konto der Bergwerksindustrie (80 pSt. der von Lohnherabsetzungen betroffenen Arbeiter gehören dieser Industrie an) und der Metallindustrie, namentlich Maschinen- und Schiffbau. Die Kohlengräber verloren 1 sh 8 d pro Kopf und Woche, die Maschinen- und Schiffsbauer 4 sh 1 d. Da in den genannten Industrien die Einigungs- und Schiedsämter, gleichen Lohnsätzen usw. am stärksten entwickelt sind, erklärt es sich, daß 75 pSt. der betroffenen Arbeiter die Lohnherabsetzung als den Ausdruck einer dieser Stellen akzeptieren und nur 2 pSt. zum Streit ziehen. Eine Veränderung in der Zahl der Arbeitsstunden trat bei nur 29.276 Arbeitern ein, bei 28.690 eine Verkürzung, bei 686 eine Verlängerung der Arbeitszeit. Im Ganzen ergab sich eine Verkürzung von 68.728 Arbeitsstunden pro Woche und um zwei Stunden wöchentlich für jeden der betroffenen Arbeiter. Die hauptsächlichste Arbeitszeitverkürzung fand statt bei den Londoner Schriftsetzern und den ihnen verwandten Arbeitergruppen (von 84 auf 82 Stunden wöchentlich) und bei den Druckern Glasgows (von 52½ auf 50 Stunden). Im Allgemeinen, das heißt wenn man die gesamte Arbeiterklasse in Betracht zieht, macht die Verkürzung der Arbeitszeit kaum irgend welche Fortschritte: die Arbeitszeitverkürzungen der letzten neun Jahre zusammen gaben für den einzelnen englischen Arbeiter einen Gewinn von — weniger als zehn Minuten pro Woche!

### Eingegangene Schriften.

„Neue Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag), 51. Heft des 20. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes geben wir hervor: Der Trade Unionkongress. Von M. Beer. — Die Lebenshaltung der unteren Schichten der bayerischen Landbevölkerung. Von Gustav Bang. — Kunst und Ökonomie. Von Cassirer v. Reles-Kraus. — Frauenliteratur. Von David Bach. — Literarische Mittheilungen: Neue Beiträge zur Wohnungsfrage. Von Heinrich Kästner. — Notizen: Unfallversicherungskosten. — Freizeiten: Briefe von Karl Marx an Dr. V. Angelmann. (Schluß.)

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportageur zum Preise von 3,25 pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postämter ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5389 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 A. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

### Briefkasten.

**Coblenz, W.** Die Verschickung Ihres Berichtes würde uns eine Arbeitslast eintreiben. Wir können also ab. **Brechenheim, J. D.** Das, was Sie in Ihrem Eingangsbrief sagen, ist früher schon hundert Malen im „Grundstein“ gesagt worden, ohne daß es etwas genützt hätte. Wir müssen deshalb die Aufnahme ablehnen. Würden wir Ihr Eingangsbrief aufnehmen, wir geben jede Zeile ein, wir könnten uns in den nächsten Wochen vor ähnlichen oder gleichlautenden Eingangsbriefen kaum retten. Wenn Sie etwas sagen wollen, lassen Sie den Schriftsatz als Flugblatt drucken und dieses auf den Bauten unter den Kollegen verteilen, das wirkt nach unserer Erfahrung am besten.

**Salverstadt, M. S.** Zur Zeit der alten Zunftverfassung bestanden verschiedene Gewerbe und Gilden, denen sich die Zunftstellen untergeordnet und anzuweisen hatten. So bestand u. A. auch eine gewisse Meiderordnung, in der vor-

geschrieben war, welche Kleidung die Gesellen zu tragen hatten und wie sie sie zu tragen hatten. Es dürfte z. B. kein zünftiger Geselle ohne Halsstuch oder Hinde bei der Arbeit oder auf der Herberge erscheinen, noch sich ohne die Hände auf der Straße setzen lassen. Mit der fortschreitenden Zeit ist jedoch das Halsstuch unmodern geworden, ebenso wie die Hinfürer, und ist abgelöst worden durch den modernen Glanz, der nur von allen Dingen getragen wird, die sich noch als Anhänger der Zünfte bezeichnen. Hauptächlich trifft man diesen Glanz noch bei den sogenannten fremdgewerblichen Maurern und Zimmergeleuten, während er bei den anderen Handwerksgeleuten längst nicht mehr besteht. Der Glanz und die eigenartige Form, in der er getragen wird, haben eine besondere Bedeutung nicht, sondern dienen vielmehr nur noch als leichtes Erkennungszeichen der „Fremdgewerblichen“ unter sich. Die Ziele und Bestrebungen dieser alten Zunftüberreste gehen in der Hauptsache dahin, sich gegenseitig zu unterstützen und die Kameradschaftlichkeit zu pflegen. Eine wirkliche Bedeutung haben sie schon seit langer Zeit nicht mehr, sondern sie können nur noch als ein Sport betrachtet werden, der den jungen Leuten oft recht viel Geld kostet, ihnen aber nichts einbringt. Im Gegensatz zu früher, wo die „Fremdgewerblichen“ erbitterte Feinde der modernen Arbeiterorganisationen waren, haben sie sich jetzt (samt und sonder dem Verbandsangehörigen) und sind fast ausschließlich treue Mitglieder desselben.

## Streikabrechnungen.

### Maurerstreik in Jena.

#### Einnahme.

|                                                   |                  |
|---------------------------------------------------|------------------|
| Aus der Hauptkasse .....                          | M. 8250,-        |
| Aus der Lokalkasse des Zweigvereins .....         | 150,-            |
| Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder ..... | 175,-            |
| Sonstige Einnahmen .....                          | 4,-              |
| <b>Summa .....</b>                                | <b>M. 8579,-</b> |

#### Ausgabe.

|                                                     |                  |
|-----------------------------------------------------|------------------|
| Für Streikunterstützung an:                         |                  |
| Verkehrsgeld .....                                  | M. 2119,86       |
| Lebige .....                                        | 822,10           |
| „ Reiseunterstützung an abgereifte Streikende ..... | 168,10           |
| „ Fortschaffung Zugereister .....                   | 224,05           |
| „ Flugblätter und Annoncen .....                    | 3,-              |
| „ Porto und Schreibmaterial .....                   | 18,17            |
| „ sonstige Ausgaben .....                           | 45,10            |
| An die Hauptkasse zurückgefordert .....             | 85,12            |
| <b>Summa .....</b>                                  | <b>M. 8579,-</b> |

Jena, den 24. Juli 1902.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

**Hermann Lunser. Anton Hupach.**

**Hugo Liebeskind. Ed. Grundmann. Paul Breit. Tumlöse.**

### Maurerstreik in Braunschweig.

#### Einnahme.

|                                                            |                    |
|------------------------------------------------------------|--------------------|
| Aus der Hauptkasse .....                                   | M. 25601,20        |
| Von den drückenden Einnahmen d. Hauptkasse verwendet ..... | 592,65             |
| Aus der Lokalkasse des Zweigvereins .....                  | 8860,25            |
| <b>Summa .....</b>                                         | <b>M. 26854,10</b> |

#### Ausgabe.

|                                                            |                    |
|------------------------------------------------------------|--------------------|
| Für Streikunterstützung an:                                |                    |
| Verkehrsgeld .....                                         | M. 24514,05        |
| Lebige .....                                               | 4723,50            |
| „ Reiseunterstützung an abgereifte Streikende .....        | 490,10             |
| „ Fortschaffung Zugereister .....                          | 98,10              |
| „ Fernhaltung des Zugewogen (in Dortmund ausgegeben) ..... | 1,20               |
| „ Flugblätter und Annoncen .....                           | 28,-               |
| „ sonstige Ausgaben .....                                  | 4,15               |
| <b>Summa .....</b>                                         | <b>M. 29854,10</b> |

Braunschweig, den 10. August 1902.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

**H. Wefke. H. v. Einem. W. Lohmann. L. Freyberg.**  
**Carl Obermeyer. Hans Nitzsche. Carl Schulze.**

### Maurerstreik in Laage i. M.

#### Einnahme.

|                                                             |                 |
|-------------------------------------------------------------|-----------------|
| Aus der Hauptkasse .....                                    | M. 240,-        |
| Von den drückenden Einnahmen der Hauptkasse verwendet ..... | 20,-            |
| Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder .....           | 28,-            |
| <b>Summa .....</b>                                          | <b>M. 288,-</b> |

#### Ausgabe.

|                                         |                 |
|-----------------------------------------|-----------------|
| Für Streikunterstützung an:             |                 |
| Verkehrsgeld .....                      | M. 198,50       |
| Lebige .....                            | 26,70           |
| „ Fortschaffung Zugereister .....       | 35,80           |
| „ Fernhaltung des Zugewogen .....       | 1,20            |
| „ Porto und Schreibmaterial .....       | 12,45           |
| „ Landkontrolle .....                   | 3,40            |
| An die Hauptkasse zurückgefordert ..... | 12,95           |
| <b>Summa .....</b>                      | <b>M. 288,-</b> |

Laage i. M., den 12. Mai 1902.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

**H. Obe. A. Schröder.**  
**H. Mühl. Wied. E. Wulf. H. Wulf.**

### Maurerstreik in Fürstentum.

#### Einnahme.

|                                                             |                  |
|-------------------------------------------------------------|------------------|
| Aus der Hauptkasse .....                                    | M. 800,-         |
| Von den drückenden Einnahmen der Hauptkasse verwendet ..... | 167,87           |
| Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder .....           | 8,50             |
| <b>Summa .....</b>                                          | <b>M. 970,87</b> |

### Ausgabe.

|                                                     |                  |
|-----------------------------------------------------|------------------|
| Für Streikunterstützung an:                         |                  |
| Verkehrsgeld .....                                  | M. 738,17        |
| Lebige .....                                        | 184,50           |
| „ Reiseunterstützung an abgereifte Streikende ..... | 12,05            |
| „ Fernhaltung des Zugewogen .....                   | 48,55            |
| „ Flugblätter und Annoncen .....                    | 11,90            |
| „ Porto und Schreibmaterial .....                   | 12,90            |
| „ Miete des Bureaus .....                           | 10,-             |
| Der Lokalkasse überweisen .....                     | 8,50             |
| <b>Summa .....</b>                                  | <b>M. 970,87</b> |

Fürstentum, den 15. August 1902.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren: **L. Schüge.**

Für die Streikleitung:  
**Otto Walzer. Richard Dietrich.**

### Maurerstreik in Königsberg i. Pr.

#### Einnahme.

|                                                   |                   |
|---------------------------------------------------|-------------------|
| Aus der Hauptkasse .....                          | M. 20169,50       |
| Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder ..... | 1079,-            |
| Sonstige Einnahmen .....                          | 18,50             |
| <b>Summa .....</b>                                | <b>M. 21266,-</b> |

#### Ausgabe.

|                                                     |                   |
|-----------------------------------------------------|-------------------|
| Für Streikunterstützung an:                         |                   |
| Verkehrsgeld .....                                  | M. 18952,85       |
| Lebige .....                                        | 5007,60           |
| „ Reiseunterstützung an abgereifte Streikende ..... | 787,70            |
| „ Fortschaffung Zugereister .....                   | 194,90            |
| „ Fernhaltung des Zugewogen .....                   | 754,55            |
| „ Flugblätter und Annoncen .....                    | 205,84            |
| „ Porto und Schreibmaterial .....                   | 58,88             |
| „ sonstige Ausgaben .....                           | 16,-              |
| „ Festhaltung der Abrechnung .....                  | 40,25             |
| An Berlin und Königsberg ausgegeben .....           | 18,50             |
| An die Hauptkasse zurückgefordert .....             | 230,98            |
| <b>Summa .....</b>                                  | <b>M. 21266,-</b> |

Königsberg i. Pr., den 20. August 1902.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

**Otto Dieker. Richard Wegewill. Adolf Malinka.**  
Für die Streikleitung:  
**E. Schwarz-Danzig. E. Dabbe. W. Wölfe. M. Broszetti.**

### Maurerstreik in Rheydt.

#### Einnahme.

|                          |          |
|--------------------------|----------|
| Aus der Hauptkasse ..... | M. 240,- |
|--------------------------|----------|

#### Ausgabe.

|                                                     |                 |
|-----------------------------------------------------|-----------------|
| Für Streikunterstützung an:                         |                 |
| Verkehrsgeld .....                                  | M. 177,80       |
| Lebige .....                                        | 48,95           |
| „ Reiseunterstützung an abgereifte Streikende ..... | 12,65           |
| „ Porto und Schreibmaterial .....                   | 1,80            |
| <b>Summa .....</b>                                  | <b>M. 240,-</b> |

Rheydt, den 8. August 1902.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

**Carl Schmidt-Wittenberge. Wilhelm Prigge-Wittenberge.**

## Bentralverband der Maurer.

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

#### Abrechnung für das dritte Quartal 1902.

Die Formulare zur Ausstellung der Abrechnung für das dritte Quartal sind am Freitag, den 26. September, zur Verfügung gelangt. Zweigvereinsvorstände und Vertrauensleute, die die Sendung bis zum 1. Oktober nicht erhalten haben, werden ersucht, davon Mitteilung zu machen. Die Abrechnungsformulare nebst dem Begleitschreiben sind an die Zweigvereinskassierer und in Sachsen an die Vertrauensleute gelangt.

Die Kassisten der Zweigvereine Frankfurt a. M., Rating, Wiesbaden, Gießen, Cassel usw. erhalten ihre Abrechnungsformulare von den Vorständen der Zweigvereine.

Zur Abrechnung selbst machen wir darauf aufmerksam, daß dieselbe bis zum 15. Oktober eingeleitet werden muß. Bis zu demselben Datum müssen auch die in der Abrechnung aufgeführten und für die Hauptkasse bestimmten Gelder eingeleitet sein. Siehe auch das den Abrechnungsformularen beigefügte Begleitschreiben.

#### Zur Beachtung für die Revisoren.

Die Revisoren haben eine der wichtigsten Aufgaben in der Organisation, sie sind den Mitgliedern eines Zweigvereins und dem Gesamtverband dafür verantwortlich, daß in dem Kassieren Unregelmäßigkeiten nicht vorkommen. Die Revisoren sind wenigstens allmonatlich einmal vorzunehmen, jedoch steht es den Revisoren frei, zu jeder Zeit, ohne sich vorher bei dem Kassierer angemeldet zu haben, ihres Amtes zu walten.

Im Hinblick auf die aufzustellende Abrechnung für das 3. Quartal werden die Revisoren ersucht, ihre Pflicht zu thun. Bei der Revision ist ungefähr folgendermaßen zu verfahren:

#### 1. Feststellung der Einnahmen.

Um die Einnahmen zu ermitteln, ist festzustellen:  
a) Wie viel Marken und sonstige Wertzeichen der Kassierer seit der letzten Revision erhalten hat und wie groß der Marktenbestand bei der vorhergehenden Revision war;

- b) der bei der letzten Revision vorhandene Kassenbestand;  
c) wie viel wöchentliche Beiträge- und Eintrittsmarken seit der letzten Revision vertrieben sind (aus der Zahl der verbrauchten Marken ist dann die Einnahme für dieselben zu berechnen);  
d) ob der Kassier noch sonstige Einnahmen (für Protokolle, Broschüren und Kaspertage des „Grundstein“ und dergleichen) hatte.

### 2. Feststellung der Ausgaben.

Bei Feststellung der Ausgaben genügt es nicht, daß das, was der Kassier im Kassenbuch unter Ausgaben eingetragen hat, zusammengefaßt wird, sondern es sind für alle Ausgaben entsprechende Quittungen zu verlangen. Sind Gelder als an die Hauptkassier eingekassiert, dann muß die Summe mit einer vom Hauptkassier oder von der Post ausgestellten Quittung belegt werden können.

### 3. Feststellung von Kassen- und Markenbestand.

Sind die Einnahmen und Ausgaben ermittelt, dann ist festzustellen, wie viel Geld und Marken der Kassier in Händen haben muß. Welches haben sich die Revisoren vorlegen zu lassen. Einnahmen und Ausgaben, sowie der vorhandene Kassen- und Markenbestand sind in's Kassabuch einzutragen, was ungefähr auf folgende Weise geschehen kann:

Bei der vorgenommenen Revision am..... wurde ermittelt:

- a) Eine Einnahme mit Kassenbestand bei der vor-  
letzten Revision von ..... M .....  
b) Eine Ausgabe von ..... M .....  
bleibt Bestand M .....

### Der Markenbestand betrug:

- a) Eintrittsmarken ..... Stk.  
b) Einzeilmarken ..... „  
c) Arbeitslosenmarken ..... „  
d) Zuschlagsmarken ..... „  
e) Kassenmarken ..... „  
f) Kaspertagemarken ..... „

### 4. Kontrolle zur Buchführung.

Bei Kontrolle der Buchführung ist darauf zu achten, ob auch alle Einnahmen und Ausgaben richtig in's Kassabuch und ob die von den Mitgliedern gezahlten Beiträge auch richtig in's Mitgliederverzeichnis eingetragen sind.

### 5. Revisionsverfahren.

Einmal die Bücher richtig geprüft und der festgestellte Kassen- und Markenbestand vorgelegt, dann ist dem Kassier die Richtigkeit der Kassen- und Buchführung im Kassabuch zu bestätigen. Haben sich bei der Revision Unregelmäßigkeiten herausgestellt, dann ist das ebenfalls im Kassabuch zu vermerken und dem Kassier, sowie dem Vorstandsvorstand umgehend davon Mitteilung zu machen.

### 6. Revision der Quartalsabrechnung.

Bei Revision der Quartalsabrechnung ist, nachdem in oben angeführter Weise die Kassen- und Buchführung revidiert ist, festzustellen, ob die in den Büchern verzeichneten Einnahmen so abgetragen sind, wie auf dem Abrechnungsformular vorgezeichnet, und ob die Berechnung der Wogen richtig ist.

In derselben Weise muß kontrolliert werden, ob die auf den Abrechnungsformularen verzeichneten Ausgaben mit den Büchern übereinstimmen und ob der auf der Abrechnung angegebene Markenbestand richtig ist.

Sind die der Hauptkasse gehörenden Gelder noch nicht abgefordert, dann haben die Revisoren dafür Sorge zu tragen, daß dieselben abgefordert werden.

### Vom Vorstandsvorstande bestätigt

sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder der Zweigvereine Schleswig, Gr.-Salz, Lippstadt, Dieb, Osnabrück, Ratel und Gelsenkirchen.

### Als verloren gemeldet

ist das Mitgliedsbuch des Kollegen Hans Herzig-Rotowawes (Buch-Nr. 074 470).

### Ausgeschlossen

sind auf Grund § 18a des Statuts vom Zweigverein Rehnins: Hermann Böhring (Buch-Nr. 71 734), Albert Reng (N): Hermann Böhring (Buch-Nr. 245 513), Wilh. Braumann (188 561); Jübenstein: Karl Stengler (019 854), Gottfried Rell (019 859), Albert Steinhardt (229 411), Wilh. Hönig (229 489), Richard Marbus (229 447), Karl Niebold (229 456), Paul Kallies (229 458), Richard Reimann (229 481), Otto Kallies (019 950), Emil Thurm (019 915); Wilhelmshagen: Fritz Gieseler (0101 294); Gollensen: Heinrich Hauer (255 830); Burg bei Waggelberg: Simon Jakob (118 802); Eschbeck (Eise): Fritz (037 682), Eppke (037 618), Lude (037 610), Kradau (037 613), Weide (233 845), Lohbedt (233 870), Rapp (037 651), Gumbach (233 898), Fr. Schöder (N): Zahrelis-Holtenburg (N): Gollensen: Franz Weidert (060 061); Gollensen: Karl Büchling (226 846), Ernst Hübner (226 861), Adam Hübner (116 488). Vom Vorstandsvorstand sind wegen Nichterfüllung ihrer Verpflichtungen der Hauptkasse gegenüber die nachbenannten Mitglieder aus dem Verband ausgeschlossen: Adolf Moritz (Buch-Nr. 54 823), Carl Peters (055 488), Albert Dorn (048 131), Wilhelm Endorf (188 441), Hans Christian-Eppler (228 310), Benjamin Huber, Fritz Gempel (064 508), Rob. Krauß (064 995), Albert Heimbricht (098 626), E. Schlot (082 870), R. Salas

(0109 849), Oskar Hartmann (149 848), E. Hof (216 466). Die Zweigvereinsvorstände ersuchen wir, darauf zu achten, daß mit dem Ausschuß die Mitgliedsrechte der Betroffenen erledigt sind.

### Aufgefordert,

ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Darmstadt: Josef Stenger, geb. am 14. Oktober 1880 zu Niederbach (Buch-Nr. 020 482); Solingen: Franz Weidert, geb. am 18. August 1880 zu Westrop (050 061); Osnabrück: Gustav Hühner (Buch-Nr. unbekannt) und Josef Rosenbauer (0101 353).

### Zur Beachtung.

Unter Hinweis auf unsere Bekanntmachungen in Nr. 86 und 87 des „Grundstein“, bezüglich der Kollegen Gustav Rasmann (Buch-Nr. 244 428) und Rudolf Lange (258 318) aus Rönigsberg i. Pr. erklären wir hiermit, daß die Angelegenheit erledigt ist.

Die angeführten Ermittlungen haben ergeben, daß die beiden Kollegen zwar in recht ungehöriger Weise die Frau des Vorstehenden des Zweigvereins Roerlin zur Ausübung von je M. 4,20 bewegen haben, obwohl dieselbe nicht einmal Verbandsgelehrer in Händen hatte. Die Kollegen einschuldigen sich aber damit, daß sie geglaubt hätten, es liege ihnen ein Anrecht auf diese Unterstützung zu, weil sie als Streikende vom Rönigsberg abgereist seien, aber keine Arbeit hätten finden können und aller Mittel entbehrt waren.

### Der Vorstandsvorstand.

### Marken-Verband.

In der Woche vom 15. bis 20. September sind Marken verhandelt worden (E = Eintrittsmarken, B = Beitragsmarken, A = Arbeitslosenmarken, K = Kaspertagemarken, U = Unterstützungsmarken, Eh = Marken für Ehrenmitglieder):

Annaburg 200 B & 25 A, Alfeld 600 B & 30 A, Alshy 10 E & 50.  
Burglar 400 B & 25 A, Bernau 200 B & 55, Breithardt 300 B & 35, Bomm 200 B & 40, 50 A & 25.  
Gölln 6000 B & 45 A, Golln 100 E & 50, 4000 B & 45, 400 A & 25, Golln 600 B & 30, 10 E & 50, Gummersdorf 1000 B & 30, Golln 400 B & 30.  
Döml 400 B & 30 A.  
Elding 600 B & 35 A, 25 E & 50.  
Freienwalde 1000 B & 40 A, Forst 600 B & 35.  
Gera 2000 B & 35 A, 200 A & 25, Graubenz 200 B & 35.  
Golln 10 E & 50, Gumbinnen 400 B & 30, Golln 400 B & 35, Gr.-Schönebeck 100 B & 55, 50 A & 25, Golln 10 E & 50.  
Golln 100 A & 25 A.  
Königsberg i. Pr. 2000 B & 45 A, 500 A & 25, 500 K & 10.  
Ludwigslust 600 B & 35 A, Lützenburg 200 B & 35, 25 A & 100 B & 35 A, Lützenburg 600 B & 35.  
Mörs 500 B & 35 A, 30 E & 50, Mörsenbeck 200 B & 35, 100 B & 25, Moritzwalde 400 B & 25.  
Neubausleben 1000 B & 35 A, Nieder-Biesfeld 200 B & 30.  
Polen 100 E & 50 A, Birna 400 B & 30, 50 A & 25.  
Poppelsdorf 200 B & 35, 200 B & 25.  
Rathenow 20 E & 50 A, Rothemühl 200 B & 35.  
Solingen 100 A & 25 A, Soling 400 B & 30, Schilbe 400 B & 45, Stalupönen 200 B & 25, 30 E & 50, Swine-münde 600 B & 40, Eesen 600 B & 35, Schöningen 1000 B & 35, 10 E & 50, Spremberg 400 B & 35.  
Thorn 1000 B & 30 A, Zaplau 500 B & 25, 10 E & 50.  
Zönning 10 E & 50.  
Wolln 200 B & 30 A, Wreschen 200 B & 35, 40 E & 50, Wittenberge 10 E & 50, Wülter 400 B & 40.

In der Zeit vom 15. bis 22. September 1902 sind folgende Beträge bei der Hauptkasse eingegangen:

### Hauptkasse.

Von den Zweigvereinen Berlin und Umgegend M. 11 000, Frankfurt a. M. 800, Halle a. S. 800, Bremerhaven 600, Altona 150, Dessau 200, Münster l. 23, 150, Gelle 100, Quablinburg 150, Schwanau 80, Döhlitz 30, Golln 15, 68, Schönebeck 80, 24, Rathenow 300, Blauen l. Bogli. 800, Golln 30, Spandau 636, 40, Neustadt 95, Döhlitz 48, Golln 20, Kallerslautern 8, 90, Mainz und Umgegend 700, Golln 96, 60, Reg. 30, 96, Golln 20, Golln 800, Lina l. 23, 180, Neubrandenburg 93, 78, Golln l. Goll. 64, 46, Golln 60, Golln M. 17 250, 01.

Für Breslau, „Das Maurergewerbe in der Statistik“, Golln M. 9, 50, Rathenow 14, Golln 1, 50, Golln l. Goll. 1, Summa M. 28.

Die Zweigvereins-Kassier resp. Einsender von Geldern werden ersucht, auf den Postabzählungen genau anzugeben, wofür das eingelebte Geld bestimmt ist.

Alle Gelder für die Hauptkasse sind nur an J. Kuster zu adressieren. Wenn dies nicht beachtet wird, kann es vorkommen, daß das Geld wieder zurückgegeben muß.

Hamburg, den 22. September 1902.

J. Kuster,

Hamburg 6, Bremerstr. 11, 1. Et.

### Zentralkrankenkasse.

(Frankfurt am Main.)

In der Woche vom 14. bis 20. September sind folgende Beträge eingegangen: Von der städtischen Verwaltung in Berlin M. 2000, Dransburg 400, Bremen 800, Rothdam 300, Leibsch 250, Rönneburg 200, Babel 200, Hamburg-Eppendorf 150, Frankfurt a. M. 100, Golln 100, Summa M. 4000.

Zusätzlich erhalten: München M. 150, Golln 150, Mann-helm 100, Waggel 100, Golln 100, Golln 100, Golln 50, Summa M. 550.

Altona, den 20. September 1902.

Karl Reik, Hauptkassier, Wilhelmstr. 57.

## → Anzeigen. ←

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht die Redaktion des „Grundstein“ die Sterbetafel der Mitglieder.)

Berlin. (Sektion der Arbeiter.) Am 18. September verstarb unser Mitglied Julius Krimler an Leberkrebs im Alter von 65 Jahren.

Salzbrunn. Am 14. September starb nach heftigem Leiden unser Verbandskollege Wilh. Loch im 57. Lebensjahre an Leberleiden.

Ehre ihrem Andenken!

### Sterbetafel.

Ist in der Zeit vom 14. bis 20. September bezeugt worden für nachfolgend benannte Mitglieder resp. deren Frauen: Franz Heide-Weigle (Frau), Buch-Nr. 055 072; Wilhelm Vogt-Göbel, 071 277; Rudolf Heide-Weigle, 188 404; Johann Büchmann-Freder, 047 451; Karl Franz-Bremersdorf (Frau), 65 701; Julius Krimler-Berlin (Widwe), 616.

### Driesen.

Vom 1. Oktober ab befindet sich meine Wohnung: Wilhelmstraße 11, part. [M. 1,20] Adolf Gleis, Kassier.

### Gau Dortmund.

Den Vorständen und Mitgliedern hierdurch zur Nachricht, daß sich meine Wohnung vom 1. Oktober ab: Rietstr. 5, 3. Et., befindet. [M. 1,60] F. Kahl, Vorsteher.

### Osnabrück.

Vom 1. Oktober ab wohnt der Kassier Heinar Hampe: Döhlstr. 3. [M. 1,20]

### Pasewalk.

Vom 1. Oktober ab befindet sich meine Wohnung: Rastendstraße 4. [M. 1,20] V. Gross, Kassier.

### Weissenfels.

Wir Unterzeichneten erklären hiermit, daß wir uns gegen die Interessen des Verbandes betrogen haben, bereuen dieses und versprechen, in Zukunft uns besser nach den Verbandsbestimmungen zu fügen. [M. 2,70]

Otto Kirschner, Maurer, }  
Oswald Schukis, Maurer, } sämtlich aus Tagewerben.  
Max Otto, Maurer, }

### Worms.

Ich erkläre hiermit, daß ich die beileidigen Worte, die ich gegen den Kassier Kraft ausgesprochen habe, reuend zurücknehme und das Gesagte für unwahr erkläre. [M. 1,80] Jacob Klippinger, Maurer, Worms.

### Erklärung.

Die Beleidigung, die ich dem Zweigverein Forst (Nauff) zugefügt habe, nehme ich bereuend zurück. [M. 1,50] Willy Groger.

Aufgefordert wird der Maurer Franz August Ferdinand Tropsow, geboren am 8. November 1881 zu Golln (Bommern), zu seiner kranken Frau zurückzuführen, oder sie zu unterstützen. Alle Kollegen, die ihn kennen, werden gebeten, ihn auf diese Aufforderung aufmerksam zu machen. [M. 1,80]

### Veranstaltungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden alle Veranstaltungen der dem Grundstein-Gau der jeweiligen Nummer des „Grundstein“ folgenden Woche bekannt gemacht. Der Preis für jede Anzeige, die den Raum von 2 Zeilen nicht überschreitet, beträgt 20 Pf. Die Anzeigen müssen für jede Veranstaltung besonders eingeleitet werden und die vollständigen Mitgliedsnummern 3 Uhr in unserer Sektion sein.)

### Verbandsversammlungen der Maurer.

Burg b. M. Dienstag nach dem 1. und 18. jedes Monats, Abends 8 Uhr, Mitgliedsversammlungen, Schriftf. 24. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

### Sonnabend, 27. September.

Elmsborn. Mitgliedsversammlungen im Vereinslokal, L.O.: Die diesjährige Rechnungsbewegung in Hamburg. Referent: O. Kober. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

### Sonntag, 28. September.

Schkeuditz. Nachmittags 3 Uhr Mitgliedsversammlungen in Gollnshausen's Restaurant. Um zahlreiches u. pünktliches Erscheinen wird gebeten. Mitgliedsversammlungen der M. Paris, Reutemstr. 17. Erscheinen aller Kollegen notwendig.

### Montag, 29. September.

Bayreuth. Abends 7 Uhr Versammlung. Referent: Kollege Meier-Hannberg. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

### Dienstag, 30. September.

Liegnitz. Abends 7 Uhr Mitgliedsversammlungen im Gollnshausen's Restaurant. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

### Mittwoch, 1. Oktober.

Bergedorf. Abends 8 Uhr regelmäßige Mitgliedsversammlungen im Lokale des Vereins. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

### Donnerstag, 2. Oktober.

Stollungen. Mitgliedsversammlungen im Vereinslokal. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

### Sonntag, 5. Oktober.

Teuchera. Nachmittags 4 Uhr Mitgliedsversammlungen im Gollnshausen's Restaurant. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Tagesordnung ist beifolgend.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kurr & Co. in Hamburg.